

Ercheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,30 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 28 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark, pr. Monat. Eingetrag. in der Post-Zeitungs-Verzeichnisse für 1896 unter Nr. 7877.

# Vorwärts

Infektions-Gebühr beträgt für die fünfzehntägige Vertheilung oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 4 Uhr vormittags geöffnet.

Leipzig-Druck: Juni 1. Nr. 1508  
Telegraph-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

## Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Freitag, den 19. Juni 1896.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

### Die Währungsfrage und die Sozialdemokratie.

Heute kann die Sozialdemokratie sich nicht mehr mit der Darlegung allgemeiner ökonomischer Probleme, mit der Erläuterung ihres Programms und einer allgemeinen Kritik der bürgerlichen Gesellschaft begnügen. Ihre starke Verbreitung im Lande, ihre Machtstellung in den Parlamenten zwingt sie naturgemäß Stellung zu nehmen zu den Tagesfragen. Früher hat man so manche Streitfrage der bürgerlichen Parteien in unseren Reihen kurz damit erledigt, daß man sie als einen Hausstreit der Bourgeoisie bezeichnete, in den einzugreifen für die Sozialdemokratie nicht von Nöthen sei. In diesen Fragen gehörte auch die Währungsfrage.

Man ließ meist die bürgerlichen Parteien, die Bamberger, Barth, Arendt und Kardorff darüber unter sich streiten und that so, als kümmerte uns die Sache nichts. Nur selten griff ein Vertreter der Sozialdemokratie, so z. B. die Abgg. Auer und Schoenlank, in die Debatte ein.

Auch unsere Presse widmete der Frage ihre Aufmerksamkeit nicht, und während die wissenschaftliche und Parteiliteratur über die Währungsfrage zu mächtigen, des Studium derselben mehr erschwerenden als erleichternden Bibliotheken anwuchs, besaß die sozialdemokratische Literatur, abgesehen von gelegentlichen Bemerkungen, wie im Kapital von Karl Marx, nichts, woraus man sich über die Stellung der Sozialdemokratie zur Währungsfrage orientiren konnte. Das Bedürfnis nach einer solchen Schrift ist aber ein immer größerer geworden. Bei dem großen Interesse, mit dem in unseren Reihen die Verhandlungen der parlamentarischen Körperschaften verfolgt werden, bei der Energie, mit der die agrarischen Interessenten für die Umwandlung unserer freilich immer noch nicht ganz durchgeführten, weil mit einem Ballast von ca. 400 Millionen Mark in Thalern beschwerten Goldwährung eintreten und bei dem Eifer, mit dem die Vertreter des Handels- und Leihkapitals sich für die Erhaltung unserer Goldwährung einsetzen, fragten sich unsere Genossen immer wieder, weshalb diese so erregten Kämpfe geführt werden, welche wirtschaftlichen Interessen den im Phrasennebel verhällten Neben für und gegen eine Aenderung der Währung zu grunde liegen und wodurch die Stellung unserer Partei bedingt werde. Bei der außerordentlichen Komplizirtheit der Währungsfrage war es höchste Zeit, daß endlich auf diese Fragen eine gründliche Antwort gegeben wurde. Leicht war diese Aufgabe nicht, denn die Währungsfrage ist nur bei genauer Kenntniss der weltwirtschaftlichen Zusammenhänge und ihrer Entwicklung, bei klarer Erkenntniss der Interessenstandpunkte der wirtschaftlichen Parteinrichtungen, bei einer vollkommenen Erfassung der Gesetze der Geld- und Kreditwirtschaft möglich. Es giebt freilich wenige nationalökonomische Gebiete, auf denen das Dilettantenthum sich so breit macht,

als gerade die Währungsfrage. Nirgends wird so gewissenlos nachgebettet und abgeschrieben wie hier, nirgends wird so leichtfertig mit unrichtigen Zahlen und unbeweisbaren Behauptungen gearbeitet, wie bei dieser Frage. Desto erfreulicher ist es, daß die von unserer Partei ausgehende Darstellung: „Die Währungsfrage und die Sozialdemokratie“\*) trotz ihres geringen Umfanges und ihrer Gemeinverständlichkeit als eine sehr ernste und gründliche Arbeit aus wärmste empfohlen werden kann. Ueber den Inhalt der Schrift giebt am besten die Anführung der Ueberschriften der Hauptkapitel Aufschluß:

I. Die Währungsumwälzungen seit 1870. — II. Die alten Silbermassen im heutigen Münzumsatz. — III. Die Lage der deutschen Silberproduktion. — Das Schwanken des Silberpreises und der Handel zwischen Gold- und Silberländern. — IV. Die vermeintliche Begünstigung der Silberländer durch das Sinken des Silbers. — V. Die Verlegenheiten der britisch-indischen Verwaltung. — VI. Goldmangel und Wirtschaftskrisen. — VII. Die Ursachen der Silberentwertung. Dabei Geldentwertung und allgemeine Preissteigerung bei freier Silberprägung. — VIII. Die Interessen bei der bimetalistischen Agitation. Die Kreditverhältnisse dieser Bestrebungen.

In den ersten sieben Kapiteln seiner Schrift hat Schippel gezeigt,

daß alle Befürchtungen der Bimetallisten entweder ganz grundlos oder doch maßlos übertrieben sind: daß von einer Gefährdung unseres Münzsystems durch die Reste der alten Silberwährung kaum zu sprechen sei, daß die kommerziellen Folgen der Valutawechselungen zwischen Gold- und Silberländern gewöhnlich überschätzt werden, daß der sinkende Geldwerth zwar vorübergehend der Ausfuhr der Silberländer den Vortheil einer Exportprämie gewähren könne, auf der anderen Seite jedoch dem wirtschaftlichen Aufschwung derselben Gebiete die schwersten Hemmnisse bereiten müsse, so daß die behauptete allgemeine Verschiebung in den Weltmarktbeziehungen zu Ungunsten der höher entwickelten Goldländer ebenfalls in das Reich der schillernden bimetalistischen Fabel und Phrasen gehört.

Weiter zeigte er, welches Maß von interessirtem Unverständnis dazu gehört, die Preisbewegungen der letzten Jahrzehnte und die — bald über längere, bald über kürzere Zeiträume sich erstreckenden — Krisenpreise nicht aus dem inneren Wesen des kapitalistischen Fortschrittes, sondern aus den äußerlichen Zufälligkeiten der Edelmetall-Zufuhr erklären zu wollen.

Schippel's Betrachtung der Umwälzungen in der Silberproduktion zeigt, daß eine läge Geldentwertung bevorsteht, wenn durch die unbeschränkte, freie Prägung des weichen Metalls jeder Unterschied in dem Werthniveau des Silbergeldes und des Barrensilbers unterdrückt würde.

Gerade diese Geldentwertung und die daraus mit Naturnothwendigkeit folgende Inflation (Aufblähung)\*\*) aller Preise

\*) Eine gemeinschaftliche Darstellung der wirtschaftlichen Zustände und Kämpfe von Max Schippel. 64 S. S. 80. Berlin 1896. Buchhandlung Vorwärts.

\*\*) Inflationisten nennt man in den Vereinigten Staaten diejenigen Geldreformer, die eine künstliche Herabsetzung des Geldwerthes durch Vermehrung der Geldmittel erstreben.

streben freilich die Doppelwährungsmänner in erster Linie an. Gerade unter diesem Zeichen hoffen sie zu siegen. Denn selbst in den Vereinigten Staaten, in denen die Silberminen-Besitzer des Westens politisch ähnlich einflußreich sind wie bei uns die Kartoffelbrenner des Ostens — überall würden die Bimetallisten ein kleines Häuflein geblieben sein, wenn sie lediglich dem Geizgenuß der Silbergruben einen lohnenderen Abfah versprochen hätten. Die Währungsänderung gehört heute zu den großen Mitteln aller agrarischen Programme; auf dem Kontinent und selbst in England, der Heimath der Goldwährung, schaaren sich die agrarischen Haufen immer dichter und tumultuarischer um diese Forderung.

Beim Grundbesitz wird bekanntlich jeder dauernde Preissturz dadurch noch besonders verhängnisvoll, daß Massen von alten Schulden (oder von alten Pachtverbindlichkeiten) aus der Zeit der höheren Produktpreise fortbestehen. Die Schuldinsen laufen in der ehemaligen Höhe weiter, während der Grundbesitzer seine Einnahmen zu immer winzigeren Beträgen zusammenschrempfen sieht; von seinen gesunkenen Einnahmen wird so ein immer größerer Bruchtheil von ausenstehenden Dritten im voraus in Beschlag genommen. Einer der vielen unlöslichen Gegensätze der kapitalistischen Gesellschaftsordnung kommt so zeitweilig in heftigen Krisen zum Ausbruch.

Treffend faßt Schippel den Interessenstandpunkt der nothleidenden Landwirthe und der Arbeiter zu der Forderung eines der agrarischen Altheilmittel, des Ueberganges zur Doppelwährung, in folgenden Sätzen zusammen:

Es handelt sich da um eine Hilfe nicht für die Produktions-sphäre für den kapitalschwachen, dauernd doch konkurrenzunfähigen Unternehmer, der schon bei der Güterübernahme drei Viertel des Gutes an Miterben und Vorbesitzer verpfändete und der schon seinen Pfennig mehr zur Verfügung hat, wenn das Produkt erst seinen Anfang nehmen soll. Diese unheilbaren Existenzen künstlich einen Augenblick über Wasser zu heben, um sie dann um so sicherer dem Ertrinken zu überliefern — diese schenksüchtigen Uebergangszustände von der alten ländlichen Familien-Naturalwirtschaft zur kapitalistischen Unternehmung auch nur einen Augenblick länger zu konserviren, dazu könnte sich die Sozialdemokratie auch durch die größte Sympathie für „Schuldsklaven“ und „Schwache“ nie und nimmermehr verleiten lassen.

Sie kann es im vorliegenden Falle um so weniger, als der vorübergehende Nutzen für die heutigen landwirtschaftlichen Besitzer nur zu erkauften wäre mit einer dauernden Herabdrückung in der Lebenshaltung der beschloßen Lohnarbeiter. Jeder Auf nach Preisauflähung muß die Lohnarbeiterklasse zum Widerstand unter die Waffen rufen, weil der Geldlohn stets nur mäßig und stösend jeder abnormen Vertheuerung des Lebensunterhaltes nachdrückt, weil also eine Periode des künstlichen allgemeinen Preisanschlages für das Proletariat in einer dauernden Verelendung enden muß.

Nachdem Schippel den Standpunkt der nordamerikanischen Farmer und einiger englischer Textilarbeiter-Gemeinschaften dargelegt hat, die für die Doppelwährung eintreten, und die von den Arendt und Kardorff unter bewußter Verleumdung der vollständig verschiedenen Unterlagen ihrer Stellungnahme den deutschen Arbeitern immer wieder als die einsichtigen, verständigen und das Währungsproblem richtig erfassenden Arbeiter vorgeführt werden, schließt er seine allen Parteigenossen auf's wärmste zu genauem Studium

### Sklavenleben im klassischen Alterthum.

#### II. Die Sklaven Alt-Roms.

Die rauhe Soldatennation der Römer verfuhr mit ihren Sklaven weniger menschlich als die harmonischer gestimmten Hellenen. Wenn Euripides und Aeschylus, ein Autor von Dramen der mittleren attischen Komödie, den Sklaven sozusagen auch für einen Menschen erklärten, so fragt der Satiriker Juvenal, allerdings durch den Mund einer seiner dargestellten Personen: Ist denn der Sklave ein Mensch?

William Mitre sagt darum in seinem Buche über die Sklaverei bei den Römern, sie sei „in ihrem Wirkungskreise ausgedehnter und in ihren Einzelheiten systematischer herausgearbeitet“ gewesen. Eine Milderung aber lag in dem rechtlich geordneten Freilassungswesen, das das Juristenvolk der Römer in gewissem Bezuge die Griechen überlieferten ließ.

Auch bei den Römern haben jedenfalls in ältester Zeit, wo die Nation noch ihren häuerlichen Charakter bewachte und der freie Landbauer auch persönlich Hand anlegte bei aller Arbeit, wo man noch nicht gewöhnt war, sich in allen Stücken bedienen zu lassen, wie später bei steigendem Reichthum und luxuriöser, weichtlicher bequemer Lebensführung, mildere Sitten geherrscht.

Anders wurde die Sache, wenn der Großgrundbesitzer, dessen Ländereien in der Provinz lagen, nicht selbst dort, sondern in der anständigen Hauptstadt wohnte. Da zerfiel sein ganzer Sklavenstand naturgemäß in zwei Theile, in die auf dem Lande bleibenden und die, welche er um sich hatte in der Stadt zur Hausarbeit und Bedienung. Die letztere Klasse hatte es gemeinlich besser, es galt als Günst, beim Herrn zu sein, von der Familie verbanni, von dem Stadtgebilde aufs Land geschickt zu werden, galt als Strafs degradation. Schwerer war draußen auf den Wiesen die Arbeit, härter die Behandlung. In ihre Klasse (argastala) eingeschlossen, nicht selten angeketet, schlechter beköstigt wie im Stadthause des Herrn, war der Landsklave der eigentlichen Paria der Sklaven Roms.

Freilich konnte sich bei einem launischen, grausamen Gebieter auch das Verhältnis umkehren und das Sprichwort sich bewähren: Weit davon ist gut vom Schuß.

Von schlechten Herren werden uns Beispiele von rohen Inschreitungen genug berichtet. Einfache Bißse, Prüten- und Stockhiebe, Geißelung mit Lederknuten, wie mit Drahtpeitschen mit Weisfugeln sind üblich und werden von besonderen dazu bestimmten Kollegen der Sklaven, den Lorarii genannten Knutemeistern vollzogen. Gerichtliche Zeugenvernehmung von Sklaven war stets mit der Folter verbunden. Eine ganz gebräuchliche Strafmittel war die mit der Gabel (furca), einem langen, mehr oder weniger schweren Balken oder Stamm, der sich gabelte und dem Sklaven in den Nacken gelegt wurde, wobei die Arme an die beiden Zinken oder Gabelbalken angebunden wurden; damit ließ man ihn stehen oder Tage lang herumlaufen, natürlich meist noch mit der Zufost von Prügeln. Die Todesstrafe der Sklaven war die Kreuzigung, die freilich ganz anders vor sich ging, als sie in der christlichen Kunst seit Jahrhunderten dargestellt wird.

Dem Todeskandidaten wurde ein gerader Balken in den Nacken gelegt, der patibulum hieß, daran wurden links und rechts die Arme angebunden oder mit Nägeln, die man durch den Handgelenk trieb, angeheftet. So wurde der Sträfling zur Richtstätte geführt, wo schon ein Standspahl (stipes) aufgerichtet war. An diesem ward der zu Kreuzigende emporgezogen und dessen Füße an den Stamm angebunden oder angenagelt. Nun erst war das Kreuz (crux) fertig. Gewiß wurde auch Christus in dieser Weise gerichtet. Darum konnte Simon von Kyrene auf dem Gang Christi zur Richtstätte gar nicht dessen „Kreuz“ aufgelegt bekommen, wie es in der Bibel (Lucas 23, 26) berichtet wird, sondern nur den Querbalken, den der Todeskandidat gewöhnlich selbst zur Richtstätte zu schleppen hatte. Die Kreuztragung Christi, wie sie Dürer u. a. die Kreuzaufrichtung, wie sie etwa Rubens darstellt, indem das mit dem Delinquenten benagelte Kreuz zum Stand gebracht wird — sind sicher historisch falsche Darstellungen, die letztere Handlung an sich schon mechanisch unwahrscheinlich, weil ungewöhnlich. An diesem Kreuze ließ man den Sklaven allmählig vergehen an Hunger und Durst; ein Langenstoß, wie der Kriegsheld Longinus dem Christus einen Speer durch den Rücken zu stechen, wäre dann gewiß mehr eine Wohlthat als eine Verschärfung der Qual gewesen, wenn er tödtlich wirkte. An den Mißhandlungen der Sklaven betheiligte sich auch

das „garte“ Geschlecht, wie wir das in den alten Schriftstellern öfters belegt finden. Namenlich hatten die unweisen Kammerfrauen und Hofsirnen der vornehmen Damen bei der Toilette ein jammervolles Dasein bei eitlem, gefallsüchtigen und dabei reizbaren, jähornigen Herrinnen. Wenn Kaiser Hadrian höchstselbst einschreitend eine Dame der höchsten Gesellschaft auf 5 Jahre in die Verbannung schickte, weil sie aus den niedrigsten Anlässen Mäde aus grausamste behandelt hatte, so muß man recht ausgesuchte Mißhandlungen voraussetzen. Bißse, Ohrfeigen, Bißse, Stiche mit Nadeln in Arme und Brüste werden öfters als Begleiterscheinungen bei der Toilette vornehmer Damen bei Iprischen und satirischen Dichtern berichtet.

Der minneselige Ovid rühmt es an seiner Geliebten ausdrücklich, daß sie während seiner Besuche niemals ihrer Kammerflavin etwas an den Kopf geworfen oder ihr mit Nadeln die Arme blutig gestochen habe. In seinem Lebtuch der Liebe empfiehlt er den Damen, welche den Liebhabern gefallen wollen, sich besagter Quälereien ihrer Dienerrinnen, als Zertragen des Gesichtes mit den Nägeln, Stechen mit Nadeln in Arme und Brüste, so daß die Sklavinnen blutträugig herumlaufen zu enthalten.

Eine besonders widrige Strafe war für Sklavinnen das Fesseln an einen schweren Käßelloch, den sie längere Zeit, Tage, vielleicht noch länger mit sich herumschleppen mußten. Unsere Quellen berichten, daß diese grausame und eltschaste Strafe von jugoverheirateten Damen der Aristokratie besonders gern solchen Sklavinnen zudiktirt wurde, welche vorher den Lüssen des Herrn Gemahls gedient hatten.

Von den Scheußlichkeiten der Viehmenschen, welche zuweilen den römischen Kaiserthron schmückten, kräutet sich die Feder, nachzuschreiben, was Sueton u. a. berichten auch bezüglich der Sklavenbehandlung.

Daß bei so verwandten Verhältnissen zahlreiche Sklaven zur Flucht griffen (zuweilen auch wegen ungenügender Kost), ist nur zu einsehend. In welchem Umfange dies geschah, erhellt aus der Thatfache, daß sich ein eigenes Gewerbe von Leuten, welche entflohenen Sklaven aufspürten und wieder zu ihren Herren brachten, das Gewerbe der Fugitivarii anbildete, welchen Namen wir etwa mit Sklavenspektro überlegen können. Der Flucht suchte man entgegenzuarbeiten, indem man den Sklaven

zu empfehlende Arbeit mit den folgenden trefflichen Ausführungen:

Wenn selbst das Verhalten der englischen Tariforganisationen als berechtigt vorausgesetzt: wo haben wir in Deutschland die starken Gewerkschaften, die allein die erreichte Höhe der Lebenshaltung der Arbeiter bei steigenden Preisen wahren könnten? Sind unsere armen Hausindustriellen tatsächlich in der Lage, in große Lohnkämpfe mit Aussicht auf Erfolg einzutreten? In den landwirthschaftlichen Tagelöhnern, in den Jüsten und Gefindenspersonen in Preußen nicht heute noch jeder gemeinsame Lohnkampf gesetzlich verwehrt? Laufen nicht gerade die nächsten politischen Freunde unserer bimetalistischen Führer fortgesetzt Sturm gegen das bismarckische Koalitionsrecht selbst der gewerblichen Arbeiter? Wenn nicht einmal in Hamburg, der gewerkschaftlich am mächtigsten bestehenden deutschen Stadt, die Lebensverbesserung, die der Zollanschluß mit sich brachte, weit gemacht werden konnte durch eine allgemeine Lohnbewegung, wie sollen gerade die Kernkräfte der Armen, die fast immer auch in ihren Koalitionen am hilflosesten und schwächsten sein werden, einer weiteren Auspönerung und Auszehrung bei steigenden Preisen sich entziehen können?

Auch als Steuerzahler würden sie gar bald neue, schwere Abgaben erdulden müssen. Das Reich, die Einzelstaaten, die Gemeinden müßten ausnahmslos ihre Einnahmen rasch vermehren, weil ihre Ausgaben rapid steigen würden; alle Waaren, die sie verwenden, alle Lieferungen, die sie ausarbeiten, würden sich in größeren Geldsummen ausdrücken; alle Beamten und Angestellten müßten, wenn sie nicht auf eine kümmerlichere Existenz herabgebracht werden sollen, eine wesentliche Gehalts- und Einkommenserhöhung erfahren. Nur solche Ausgaben wie die Anleiheinsen würden in ihrem Geldbetrage nicht zu wachsen brauchen. Dagegen würden nur wenige Einnahmen mit der allgemeinen Preissteigerung von selber sich erhöhen: so die aus dem Verkauf der fiskalischen Kohlen und Erze, der Hölzer aus den staatlichen Forsten, die Tarife der Eisenbahnen und Posten, die Zölle an der Grenze, die Auflagen im Innern auf den Rossenverbrauch, die Stempel und Gebühren der Behörden, sie alle müßten ohne Ausnahme krampfhaft emporgeschraubt werden, um die öffentlichen Einnahmen mit den Ausgaben wieder in das alte Gleichgewicht zu setzen. Steuerzahler und Finanzminister müßten einer solchen Zukunft mit gleichem Grauen entgegensehen.

Diesem unberechenbaren Würfelspiel um Einkommen und Lebenshaltung, dieser schließlich unabwendbaren Schwämerung ihrer Lebensweise sollen die Millionen hartarbeitender ausgefetzt werden, die auf Lohn und Gehalt angewiesen sind? Zu gunsten einer Schicht Besitzender, deren Verlegenheiten doch nur momentan etwas erleichtert werden würden, während das den Umlauf überfüllende, fortgesetzt sich entwerthende „Silberne Papier“ zu immer neuen Krisen im Geldwesen, zu immer neuen Störungen aller wirtschaftlichen Beziehungen führen müßte?

Wenn einst Daniel Webber, der amerikanische Staatsmann, äußerte: das Papiergeld sei die wirksamste Erfindung, um der Reichen Gelder zu dämpfen mit dem Schweiße der Armen — so trifft das in gleicher Weise für eine jede im Werthe sinkende Metallwährung zu, wie sie die bimetalistischen eingefandenermaßen mit der Freigabe der Silberprägungen erstreben.

Die deutsche Arbeiterklasse und ihre politische Vertretung, die Sozialdemokratie, wird darum in den entbrannten Währungskämpfen immer auf der Seite der Goldwährung zu finden sein.

### Politische Uebersicht.

Berlin, 18. Juni.

Im Reichstag fand heute an erster Stelle die Interpellation der Antisemiten und Konserwativen wegen der Vorgänge zwischen dem Telegraphenbeamten Kaiser und dem englischen Zeitungs-Korrespondenten Balford ihre Erledigung. Ueber das Renkontre zwischen den beiden Herren sind unsere Leser unterrichtet. Daß der Fall thatsächlich mehr Aufsehen erregt hat, als er in Wirklichkeit verdient, erklärt sich aus dem Umstande, daß dieses Mal von der sonst allgemein geübten Praxis abgegangen ist, den Uebelthäter vor den Radau zu schleppen und dort für eine exemplarische Bestrafung zu sorgen, sondern daß man sich seitens der Postbehörden damit begnügte, die Sache auf privatem Wege zum Austrag zu bringen, und zwar in einer Form, bei der beide beteiligten Theile zu ihrem Rechte kamen. Diese einfache und verständige Schlichtung eines solchen Falles ist bei uns im Deutschen Reich, wo jede Nachwächter-Beleidigung als eine Haupt- und Staatsaktion behandelt wird, ein so unerhörter Vorgang, daß es begreiflich erscheint, wie sich an denselben die wunderlichsten Gerüchte anknüpfen konnten.

Halsringe anlegte mit Aufschriften wie folgende: „Halte mich, weil ich räthig bin, und führe mich zu R. N. in der Straße.“ Natürlich war das die Adresse des Herrn, dem der Sklave gehörte.

Auch von Maueranschlägen mit dem Signalement entlausener Sklaven wird uns berichtet.

Daneben hören wir auch, daß Sklaven, welche in bestimmten Tempeln eine Zufluchtsstätte gesucht hatten, von den Behörden an andere Herren verkauft wurden. Tacitus erzählt sogar von einem Recht der Sklaven, sich über Grausamkeiten ihrer Herren zu beschweren, wie auch die ältere Zeit den Jenseitigen die Befugniß gab, Sklavenmißhandlungen zu rügen und mit Strafen zu ahnden.

Von der oben schon erwähnten Zulassung der Sklaven als Zeugen ist zu bemerken, daß sie sich auf ganz bestimmte Kriminalfälle beschränkte als Testaments-Unterschlagung, Falschmünzerei und Mordverbrechen. Bei letzterem Vergehen wurden die „guten“ Kaiser, wie Trajan, Nerva, Pertinax aus Abneigung gegen das Foltern die Sklavenzeugenschaft nicht.

Beispiele von leutseliger Behandlung der Sklaven fehlen glücklicherweise und zur Ehre der menschlichen Natur doch auch nicht. Bekannt ist das freundschaftliche Verhältnis des großen Redners, aber politischen Walschlappens Marcus Tullius Cicero zu seinem wohlunterrichteten, geschickten Sklaven Tiro.

Humane Herrschaften setzten sogar verforderte Sklaven in ihren Familienbegünstigten bei. Gute Behandlung bei Begehren aber hatte ihren Hauptgrund in dem daraus erwachsenden Nutzen des Herrn. Mochte Krankheit und Alter die Erhaltung aber unrentabel, so folgte man dem guten Rath des Cato, daß man abgetriebene kranke Ochsen und Sklaven bei Zeiten verkaufen solle.

Daß die Kost anlangt, sei nur ein häßlicher Zug erwähnt. Da man auch in sehr vornehmer Gesellschaft bei Tafel viel mit Fingern und Händen arbeitete, mußte man etwas haben, was die Dienste unserer Servietten leistete. Das war ein Stück Backstein, in dem man die Finger abrieb und abwischte. Wenn nun abgetragen wurde, gab man diese Mappas oder Servietten den Sklaven zu essen.

Den Nevers der Medaille bildet die Notiz, daß ein vornehmer Römer seine Muränen, den Kalen verwandte Fische, die als Delikatessen gern gegessen wurden, mit Sklaven fütterte! Wir haben keine Ursache uns darüber allzu sehr zu entsetzen, denn bekanntlich sind unsere Tafelkrebse ebenfalls Wasserfresser. Von unserer indirekten wirtschaftlichen Menschenjesserei wollen wir gar nicht reden.

Der Interpellant Liebermann von Sonnenberg war nun ganz der geeignete Mann, den Ausdruck für diese Gerüche zu machen, und noch eiliche Uebertreibungen aus eigenem dazu zu thun. Der General-Postmeister führte dann, durch Darstellung des wirklichen Sachverhaltes, diese Uebertreibungen auf ihren wahren Werth zurück und dabei geschah das noch nicht Dagewesene, daß der Postleiter sogar zugab, daß der Postbeamte unrecht hatte und Balford unnütz gereizt habe. Herr Kaiser mag sich in Zukunft versehen und seine schlechte Laune nur mehr an Reichsangehörigen auslassen, den Engländern gegenüber aber sich stets erinnern, daß diese in solchen Dingen keinen Spaß verstehen.

Der Antrag auf Besprechung der Interpellation wurde mit allen gegen die Stimmen der Interpellanten abgelehnt. Der Fall war durch Rede und Gegenrede klar gestellt und Herr Liebermann hatte außerdem für seine Begründung eine Form gewählt, die es auch der Linken unmöglich machte, für die Besprechung zu stimmen. Andernfalls wäre wohl aus unseren Reihen das Ersuchen an den General-Postmeister gestellt worden, in Zukunft dafür Sorge zu tragen, daß auch die deutschen Reichsbürger nach den Grundsätzen behandelt werden möchten, welche man dem Engländer Balford gegenüber zur Anwendung gebracht hat.

Der zweite Punkt der Tagesordnung, ein Antrag des Grafen Arnim, die Pfandbriefe der landwirthschaftlichen Kreditinstitute von der Reichsbank unter den gleichen Bedingungen zu lombardieren, wie die Reichsanleihen, führte zu einer ungemein scharfen Auseinandersetzung zwischen dem Direktor der Reichsbank, Dr. Koch, und den Agrariern. Die letzteren sehen nicht ohne Grund in Herrn Koch den Hauptgegner ihrer münzpolitischen Pläne und sie verfolgen ihn deshalb mit der ganzen Wuth, deren agrarische Habicht sähig ist. Herr Dr. Koch ist sich andererseits der Werthschätzung, welche er bei den Agrariern genießt, vollständig bewußt und er ist der Mann, der es versteht, auf einen Schelmen anderthalbe zu setzen. Daß Graf Mirbach, dieser Liebermann von Sonnenberg in Glace, Herrn Dr. Barth wieder einmal vor versammeltem Hause forderte, mag nur zur Illustration dafür dienen, wie die Rechte den Ton des Hauses herunter bringt. Schließlich wurde der Antrag Arnim in namentlicher Abstimmung mit 112 gegen 72 Stimmen abgelehnt. Das Haus war also wieder nicht beschlußfähig.

Morgen 11 Uhr vormittags zweite Lesung des Bürgerlichen Gesetzbuches.

Im preussischen Abgeordnetenhaus kam es am Donnerstag bei der Berathung der Rentkredit betr. das Verneinmonopol zu einer interessanten Erörterung über den kürzlich stattgefundenen Prozeß Beder-Plantien. Die Konserwativen empfahlen, um ähnliche Vorkommnisse, wie sie in diesem Prozeß zu Tage getreten sind, für die Zukunft zu verhindern, Wänderung der Regalordnung und stellten eine weitere Verfolgung dieser Frage für die nächste Session in Aussicht. Eine äußerst scharfe Kritik an dem Verhalten des Kommerzienraths Beder, der das Monopol in unverantwortlicher, unzulässiger und eigenmächtiger Weise ausgenutzt habe, übte Abg. Krause (natl.), der zugleich der Regierung den Vorwurf machte, daß sie die Firma zu wohlwollend behandelt habe. Der Landwirtschaftsminister Frhr. v. Hammerstein nahm in seiner Erwiderung die Firma Plantien u. Beder in Schutz und wies auf die großen Vortheile hin, die dem Staat aus dem Vertrage erwachsen sind. Obgleich der Minister das Haus ersuchte, keine Kritik an dem Prozeß zu üben, da das gerichtliche Verfahren noch nicht definitiv abgeschlossen sei, erklärte er doch, er begreife nicht, wie das Gericht zu der Ansicht gekommen sei, daß der Angeklagte Westphal, der pflichttreue Beamte „besudelt“ habe, in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt habe. Nach weiterer unwesentlicher Debatte wurde die Denkschrift durch Kenntnisnahme für erledigt erklärt. Außerdem nahm das Haus noch in dritter Lesung den Gesetzentwurf, betr. Aufhebung der Hypothekennämter im Geltungsbezirke des rheinischen Rechts an und erledigte mehrere Petitionen. Am Freitag stehen nur Petitionen auf der Tagesordnung.

Das Herrenhaus erledigte am Donnerstag eine Reihe von Petitionen und erklärte sodann den Bericht über die Verwendung der vom Staat bereit gehaltenen Fonds von 5 Millionen zur Förderung des Baues von Kleinbahnen durch Kenntnisnahme für erledigt. Hieraus bereiteten sich die Herren Agrarier, um ihrer Gewohnheit nicht untreu zu werden, noch kurz vor Schluß der Session eine kleine Freude durch Annahme des Antrages des Grafen von Stolberg-Wernigerode betr. das Verbot der Einfuhr russischer Schweine nach Oberschlesien zur Verhinderung der Einschleppung von Viehseuchen“ und betreffend Ermäßigung der Eisenbahnfracht.

Wo nahmen die römischen Herren ihre Sklaven nur her? Sie züchteten sie wie andere Hausbiere. Das genigte aber nicht. Schon der englische Philosoph Hume machte die Bemerkung, daß die Sklaverei die Fruchtbarkeit beeinträchtigt.

Jundicht bekam man als Beute im Kriege Sklaven, die man meist gleich im Lager zu gunsten des Einfängers, vielleicht auch zu gunsten der Kriegskasse unter der Lanze — sub hasta, daher das Fremdwort Substantion! — veräußerte. Eine Lanze wurde in eine Wand oder einen Stamm gestochen und der Sklave oder anderes Gut darunter gestellt und zum Verkauf angerufen.

Als die Beuteklaven nicht mehr dem Bedürfnis genügten, kam ein schwammiger Menschenhandel auf, dessen Unternehmer ihre Waare von Seeräubern und geschäftsmäßigen Menschenjägern bezogen, oder beide Funktionen in ihren ehrenwerthen Personen vereinigten. Es entwickelte sich eine regelrechte Sklaveneinfuhr aus Afrika, Spanien, Gallien und Deutschland, besonders aus Asien, Bithynien, Galatien Cappadocien und Syrien. Diese Einfuhr unterlag auch bestimmten Zollsätzen.

Auch die freien Römer konnten Sklaven werden. Nach ältestem römischem Recht konnte jeder Vater sein Kind, jeder Gläubiger seinen Schuldner trans Tiberim d. h. nach jenseits des Tiberflusses verkaufen. Auch als gesetzliche Strafe stand auf gewisse Verbrechen die Verflöschung, meist Verurtheilung zur Arbeit in fiskalischen Steinbrüchen oder Bergwerken. Das waren dann servi publici, d. i. Staatseigentums-Sklaven.

Von den verschiedenen Arbeiten der Sklaven, zu denen sie besonders abgerichtet wurden, — auch zu qualifizirten Arbeiten, Wissenschaften und Künsten, — wollen wir nicht eingehend handeln; erwähnt sei nur die Bücherfabrik des Atticus, des vornehmen Freundes des Redners Cicero.

Die Zahl der Sklaven in Rom war so groß, daß ein Vorschlag, sie durch eine besondere Tracht zu kennzeichnen, als zu gefährlich, keine Annahme fand.

Ebenso wenig können wir uns hier weder mit den Sklaven-Verwandlungen und -Kuständen befassen noch mit den Gründen der Beseitigung der Sklaverei, welche letztere wir an anderer Stelle unterjucht haben. Bemert sei nur, daß die Arbeitsorganisation mit der Grundlage der Sklaverei erst schwand, als durch den Diocletianischen Staatssozialismus, wenn wir so sagen dürfen, und durch das Colonat hindurch an stelle der Sklaverei die Hörigkeit trat.

sähe für die Einfuhr von Schweinen aus den preussischen Ostprovinzen nach dem ober-schlesischen Industriebezirke. Der Landwirtschaftsminister Frhr. v. Hammerstein gab die entgegenkommende Erklärung ab, daß die betreffenden Staffeltarife von 50 pSt. erniedrigt werden und daß die Regierung wegen der großen Seuchengefahr von ihrer Befugniß Gebrauch machen und allmählig eine vollständige Sperre herbeiführen werde. Durch ein plötzliches Einfuhrverbot würde, wie ein früheres Experiment beweist, eine erhebliche Vertheuerung des Schweinefleisches eintreten. Die arme schlesische Bevölkerung hat also wenigstens den einen Trost, daß diese Vertheuerung ihres wichtigsten Nahrungsmittele zu gunsten der ostschlesischen Jünger nicht auf einmal über sie hereinbricht, sondern daß sie die Möglichkeit erhält, sich allmählig an die theuren Preise zu gewöhnen. — Am Freitag stehen kleine Vorlagen und Petitionen auf der Tagesordnung.

Ein sonderbares Wahlbündniß ist es, das in Halle zur Aufstellung des Dr. Alexander Meyer geführt hat. Seit Jahren beschadet sich die freisinnige Volkspartei auf das heftigste mit der freisinnigen Vereinigung und der nationalliberalen Partei und erst jüngst stießen Herr Richter und Herr Ricker erbittert zusammen, als es im Reichstage zur Berathung der Neuformation der vierten Bataillone kam. Waren doch Herr Ricker und seine Freunde die begeisterten Vertheidiger der Capriol'schen Militärvorlage und werden nach allem, was man an ihnen erlebt hat, auch stets als Hilfsstruppe für die Durchdrückung einer neuen Militärvorlage zu haben sein — mit vielem liberalen Phrasengeklänge natürlich, aber das ändert nichts an der Thatsache. Die bewährten Capriol'schen werden auch für Hohenlohe und Bronsart durch Dick und Dünn gehen. Und mitten in kleiner, aber erlesener Gesellschaft schiebt auch stets Alexander Meyer seinen behäbigen Tambourmajordleib einher. Jetzt aber, da schon wieder neue Militär- und Marineforderungen an unserm ewig bewußten Horizonte drohen, wollen die Anhänger der freisinnigen Volkspartei in Halle dem militär- und marinefrommen Alexander Meyer in den Reichstag verhelfen? Das zeugt doch von einer derartigen Verwaschenheit und Verworrenheit, daß man wirklich nicht begreift, weshalb denn das Parteibündniß zwischen den beiden freisinnigen Fraktionen entzwei geschnitten wurde.

Das französische Ministerium Melnie besteht nur von Reaktions Gnaden. Seine Majorität liegt a u ß e rhalb der republikanischen Parteien. Alle Feinde der Republik, namentlich die Pfaffen, gewähren ihm ihre Unterstützung. Und wenn diese Herren etwas geben, dann thun sie es nur nach dem Grundsatz des do ut des — ich gebe, damit Du gibst, wobei sie mit der Wurst nach der Spediteite werfen. Die Herren Pfaffen, die in der Person des Grafen Mun am Montag dem Ministerium christlichen Beistand leisteten, haben auf die Rechnung nicht lange warten lassen: sie fordern „größere Freiheit für die Kirche“. Und das Ministerium hat sich denn auch nicht hartberzig gezeigt. Seit Pfingsten finden überall in Frankreich öffentliche Prozessionen statt, was seit Jahren — außer am Frohleichnamstag — nicht gestattet war. Und auch in anderen Dingen zeigt das Ministerium sich den Pfaffen sehr willfährig. Das wird ihm freilich nichts nützen. Es hat so schwache Füße, und auf schlüpfrigem Boden so viele Steine des Anstoßes vor seinen schlotternden Füßen, daß jede Kammerabstimmung den Sturz bringen kann.

An eine Auflösung der französischen Kammer laubt man beiläufig in Paris nicht. Und zwar aus dem einfachen, jedoch sehr triftigen Grund, daß nach dem übereinstimmenden Urtheil sä m t l i c h e r Parteien die einzige Partei, welche bei einer Neuwahl zu gewinnen hat, die sozialdemokratische ist.

Allen Anstand und alles Urtheil verliert die „Vossische Zeitung“, sobald von ihrem Crispi und dessen Schandthaten die Rede ist. Gekern schimpfte sie wie ein Hahnsperling, daß das italienische Kriegsgericht den armen Baratieri nicht geopfert hat, um den Hauptschuldigen an der Katastrophe von Adua wieder zu Ehren zu bringen. Und heute schimpft sie ebenso rothpockenmäßig über Menelli, der die Italiener „höhnlich behandelt“. Wir möchten, niemals sei ein Feind, der aus frivolster Eberungssucht ins Land eingebracht ist, von dem Sieger rittersicht und großmüthiger behandelt worden, als die Italiener von Menelli, der wiederholt von seiner Fähigkeit, italienische Truppenabteilungen und schließlich den ganzen Rest der italienischen Armee zu vernichten, seinen Gebrauch gemacht hat, so daß thatsächlich die noch in Afrika befindlichen Streitkräfte der Italiener Menelli ihre Existenz verdanken. Und das soll eine „höhnliche Behandlung“ sein?

Freilich, Menelli läßt den italienischen Unterhändlern nicht nach, sondern läßt sie zu sich kommen — und das ist sein Verdrehen in den Augen der jartführenden Laute Voss.

Nebrigens ist der Friedensschluß zwischen Italien und Abyssinien gewiß.

Die südwestafrikanischen Wirren sind beigelegt — bis auf weiteres. Nach einem vom Auswärtigen Amte verbreiteten Telegramm des kaiserlichen Landeshauptmanns Major Deutwein vom 20. Mai wurde Rahimea und der ganze Khauas-Stamm gefangen, Nicodemus hat sich freiwillig gestellt. Der Krieg ist vorläufig beendet.

Hoffentlich verschont man uns aber mit Siegeshymnen über deutsche „Heldenthaten“ gegen Hottentotten und Quereros.

Das Gerichtsverfahren gegen Eingeborene in den Kolonien. Die Enthaltungen über das Treiben der afrikanischen Kolonialtribüne Leiff, Weblan und Peters hat wenigstens den einen Erfolg gehabt, die Kolonialverwaltungen zu einer weitergehenden Rücksicht gegen die Neger zu veranlassen, als wie bisher üblich gewesen ist. So hat der Gouverneur Wissmann vor seiner Abreise aus Ostafrika noch einen Gouvernementsbefehl betreffend das Gerichtsverfahren gegen Eingeborene ergehen lassen. Er schließt sich direkt an die veröffentlichte kaiserliche Verordnung vom 26. Februar d. J. und die Verfügung des Reichskanzlers vom 27. Februar an und verfügt, daß in allen Fällen, worin in dem von einem europäischen Beamten geleiteten Gerichtsverfahren gegen Eingeborene, ohne Unterschied, ob es sich um einen Zivil- oder Strafprozeß handelt, zur Herbeiführung von Beweismitteln und Ausfragen andere Mittel als die nach den deutschen Prozessordnungen zugelassenen Maßnahmen angewendet oder außerordentliche, insbesondere bloße Verdachtsstrafen verhängt worden sind, in Gemäßheit der §§ 343 und 345 des Strafgesetzbuches un-nachlässig vorgegangen werden muß. Geständnisse von Angeklagten oder Aussagen von Zeugen dürfen nicht durch unzulässige Maßnahmen, wie Körperstrafen, erpresst und Strafen nur verhängt werden, wenn der Richter von der Schuld des Angeklagten überzeugt ist. Auf den bloßen Verdacht hin sind Strafen ausgeschlossen. Außerordentliche Strafen sind sowohl solche, die bezüglich des Strafgrundes, als auch solche, die bezüglich der Art und Weise der Vollstreckung weder in den Gesetzen und Verordnungen, noch nach der für das Gerichtsverfahren zulässigen Urbeug vorgeesehen sind.

Schlamm genug ist es, daß deutschen Beamten die Erpressung von Gehaltssteuern und Zinsausgaben überhaupt noch unterlagert werden mußte.

### Deutsches Reich.

Der Bundesrat erhielt in seiner heutigen Sitzung den Entwurf eines Börsengesetzes nach den Beschlüssen des Reichstages die Zustimmung. Ebenso wurde der Vorlage betreffend die Ausprägung von Kronen und den Beschlüssen des Landesauschusses zu dem Entwurf eines Gesetzes für Elbsch-Vollbringen über die Wahlen der Mitglieder der Bezirksvertretungen und Kreisvertretungen die Zustimmung erteilt.

Der Entwurf eines neuen Handelsgesetzbuchs nebst Deutschrift, aufgestellt im Reichs-Justizamt, ist in amtlicher Ausgabe soeben im Verlage von J. Guttentag, Berlin, erschienen.

Im Wahlkreise Schwyz findet die Erziehung zum Reichstage am Donnerstag, den 25. d. M. statt. Als Kandidat der sozialdemokratischen Partei wurde der Buchdruckerbesitzer Konstantin Janitzewski-Berlin von den dortigen Genossen aufgestellt.

Austritt aus der nationalliberalen Partei. Dem Vernehmen nach ist der Abgeordnete Reichsgerichtsrath a. D. Haacke aus der nationalliberalen Fraktion des Abgeordnetenhauses ausgetreten.

Die Erziehung der christlich-sozialen Geistlichen zur gehobenen Unterthätigkeit und zur Abkehr von aller politischen Agitation wird mit Eifer von den berufenen Behörden fortgesetzt. So veröffentlicht jetzt der Präsident des Oberkirchenraths Dr. Barkhausen den Vorlauf der brieflichen Anweisung, die er einem Oberpfarrer Lorenz in Weisenfeld gegeben hat. Danach sollen die Pfarrer wohl mit allerhand Wohlthaten einwirken, aber, heißt es:

„Der Wortlaut des Erlasses des Oberkirchenraths läßt deutlich erkennen, daß er sich gegen die sozialpolitische Agitation richtet. Nur soweit der eine oder andere Arbeiterverein sich mit sozialpolitischer Agitation befassen sollte, könnte derselbe durch die den evangelischen Geistlichen erteilte Abmahnung von der Beihilfung an solchem Treiben betroffen werden.“ Und schließlich heißt es: „Inwiefern Ew. Hochwürden nach vorstehender Richtigstellung Veranlassung haben, den dortigen Arbeitervereinen, deren Ziel und Organisation mir nicht bekannt ist, Ihre bisherige Theilnahme zu entziehen, muß ich Ihrer gewissenhaften Prüfung und Beurteilung überlassen. Sie werden sich dabei bemühen müssen, daß die von Ihnen als „sozialpolitische Schulung“ bezeichnete Thätigkeit zu den Aufgaben des geistlichen Amtes nicht gehört und daß der Diener der Kirche auch im außeramtlichen Leben und bei Ausübung seiner staatsbürgerlichen Rechte sich vor Schädigung seiner Berufstätigkeit in der Gemeinde zu hüten, insbesondere zu vermeiden hat, durch Parteinehme für oder gegen eine einzelne Klasse der Gesellschaft das Vertrauen in Gefahr zu bringen, dessen er bei allen seinen Gemeindegliedern bedarf.“

Das heißt auf gut deutsch: Du darfst wohl den gesellschaftlichen Pflichten nachkommen, aber mache ihn ja nicht naß!

Der Prozeß gegen Assessor Wehlan. Gegen das am 7. Januar d. J. von der Potsdamer Disziplinarkammer gegen den stellvertretenden Kanzler von Kamerun, Assessor Wehlan, gefällte Urteil, das über den Angeklagten wegen Dienstvergehens zur allgemeinsten Ueberrückung nur Versetzung in ein anderes Amt unter Beibehaltung der gleichen Rangstufe und eine Geldstrafe von 500 M. verhängte, war bei dem vom auswärtigen Amte in der Angelegenheit bestellten Staatsanwalt Legationsrath Hofe Berufung eingelegt worden. Infolge dessen wird die Angelegenheit vor dem kaiserlichen Disziplinarkhof beim Reichsgericht zur Verhandlung kommen. Der kaiserliche Disziplinarkhof tritt, wie das „Leipziger Tageblatt“ mittheilt, voraussichtlich in der ersten Hälfte des Monats Juli zu diesem Zwecke zusammen.

Ein Seitenstück zum „Fall Zsch.“ hat sich in Ratibor ereignet. Wie die „Dresdener Zeitung“ mittheilt, wollte sich dort ein zur Uebung einberufener Vizefeldwebel R. an einem Tanz betheiligen, durch welchen der Kadettenverein „Wanderer“ das Fest seiner Bannerweihe in Hausmann's Etablissement beschloß, wurde jedoch abgewiesen. Der Vizefeldwebel begab sich nun sofort zur Hauptwache, requirierte daselbst zwei mit Gewehr bewaffnete Soldaten und drang mit diesen in den Saal, um den Herrn, der ihm das Mittagessen verboten hatte, zu verhaften. Glücklicherweise war ein Offizier des dortigen Bataillons, bei welchem der Vizefeldwebel seine Uebung absolviert, anwesend und veranlaßte den Stuhlheber, sich mit den von ihm requirierten Mannschaften zu entfernen. — Eine solche Verwirrung des schneidigen Vizefeldwebels erklärt sich wohl aus der Ueberhebung, die in der Brust vieler solcher Jünglinge plagt, wenn sie sich als die Elite der Nation im Waffenrock preisen hören. Da wittern sie natürlich in der Zurückweisung vom Tausche eine ihrer eigenen und der Ehre des herrlichen Kriegsheeres angelassene Schmach, die nur durch Requirirung der bewaffneten Macht gegen das Zivilpact gesühnt werden kann.

Die Beschlagnahme der „Ulmer Zeitung“, die wir gemeldet, ist wieder aufgehoben worden, da sich der Herr Justizminister v. Fraber nicht beleidigt gefühlt hat durch den inkriminirten Artikel, und somit auch keinen Strafanspruch stellt.

Die Gemeindevahlen in Elbsch-Vollbringen. Die erste Wahlschlacht ist geschlagen und mit Ehren ist die Sozialdemokratie aus diesem Kampfe hervorgegangen. Zwar hat sie in diesem ersten Wahlgange nur einen ihrer Kandidaten zum Mandat in deselben, aber die Zahl ihrer Stimmen ist so bedeutend gewachsen, daß alle drei bürgerlichen Parteien im Elbsch sich zu einem Ordnungsbündnis vereinigen müssen, um der Sozialdemokratie gegenüber ihren Bestand zu behaupten. Bezeichnend sagt die „Straßburger Post“ von dem Wahlresultat in Wülhausen, daß die Sozialdemokratie in dieser Stadt die größte Stimmenzahl auf sich vereinigt hätte und wenn die Parteien der Ordnung nicht alles aufbieten und sich zu einem Kompromiß vereinigen, dann werde am nächsten Sonntag bei der Stichwahl eine sozialdemokratische Gemeindebehörde gewählt. Diese Befürchtung des gouvèrnementalen Blattes ist durchaus berechtigt, denn während auf einen sozialdemokratischen Kandidaten rund 4000 abgegeben wurden, brachten es die Kandidaten der bürgerlichen Parteien kaum auf 3000 Stimmen. Ueberall, von St. Ludwig bis hinunter an die lothringisch-französische Grenze, wo die Sozialdemokratie sich an dem Wahlkampfe betheiligte, hatte sie einen bedeutenden Stimmenzuwachs zu verzeichnen. Die Saat ist herrlich ausgegangen, trotz der so schneidigen preussisch-deutschen Bureaucratie. In allen Landgemeinden weist die Sozialdemokratie erhebliche Minoritäten auf, in St. Ludwig wurden auf die sozialdemokratische Liste 75 von 260 Stimmen abgegeben. Daß es in einem Militärlande wie Deutschland ohne Aufbietung von Soldaten nicht immer abgeht, ist eigentlich selbstverständlich, doch richtete sich diesmal der „militärische Schuß“ nicht gegen die Sozialdemokratie, sondern gegen sonst ganz harmlose Landleute in der Gemeinde Rosenau bei Basel. Der dortige Bürgermeister lebte mit seiner Gemeinde seit längerer Zeit schon im Streit, der nun bei der Wahl in aller Heftigkeit ausbroch; Drohungen sollen gegen ihn gefallen sein. Der Bedrohte wendete sich an die Kreisdirektion um Schutz und diese sprang ihm mit 25 Mann Infanterie bei. Ueber die sonst so friedliche Gemeinde ist nun ganz plötzlich der Belagerungsstand verhängt worden; die Aufbietung des Militärs war ganz überflüssig, denn bis heute ist noch nicht die geringste Ausschreitung vorgekommen, wohl aber ist der Bürgermeister mit großer Majorität weg gewählt worden. Da konnten ihm auch die Soldaten nicht helfen.

Die Verwaltung der Reichskasse sorgt durch ihr bekanntes Auftreten wider Willen dafür, daß die reichsständischen Bewohner sich immer mehr von den bürgerlichen Parteien ab und der Sozialdemokratie zuwenden. Das hat uns der letzte Sonntag recht deutlich gezeigt, er ist als ein Ehrentag in der Geschichte der elbschischen Arbeiterbewegung zu verzeichnen.

Aus dem Elbsch wird uns geschrieben: Ein sozialdemokratischer Geheimbunds-Prozeß in Sicht. Gegen die Teilnehmer an der Landeskonferenz der elbschischen Sozialdemokraten ist seitens der Straßburger Staatsanwaltschaft die Untersuchung wegen Theilnahme an einer geheimen Verbindung bezw. geheimen Versammlung eingeleitet worden. Der Leiter der Konferenz, Genosse Böhle-Straßburg, ist bereits vor dem Untersuchungsrichter vernommen worden. Man verlangt von ihm die noch nicht bekannten Namen der übrigen Teilnehmer. Was mit dieser Untersuchung bezweckt werden soll? Die Konferenz war eine sogenannte „Réunion privée“, zu der die einzelnen Teilnehmer persönlich und schriftlich eingeladen waren, was nach den Landesgesetzen zulässig ist und keiner polizeilichen Anmeldung bedarf. Es soll wohl eine zweite Auflage des Prozeßes Uner geben?

Die Reichstags-Nachwahl in Schlettstadt soll am 5. Juli stattfinden.

### Schweiz.

Das Bundes-Volksgesetz wurde auch vom Ständerath angenommen.

### Frankreich.

Paris, 18. Juni. Der heute im Elisee abgehaltene Ministerrath beschloß, vor dem Auseinandergehen des Parlaments eine Vorlage einzubringen zum Schutze der neuerdings durch die Gesetzgebung verschiedener Länder bedrohten Interessen der Zuckerindustrie.

Ferner beschloß der Ministerrath insolge der über die letzten Frohnleichnam-Umzüge angestellten Untersuchung, den Erzbischof von Cambrai wegen Antiverletzung vor dem Staatsrathe zu belangen und die Auszahlung der Gehälter jener Geistlichen auszusagen, welche trotz des von den Bürgermeistern erlassenen Verbots an den Umzügen theilgenommen haben.

Minister Barthou bestätigte den Beschluß des Pariser Stadtraths nicht, den ausländischen Porzellanarbeitern von Limoges 10 000 Fr. zuzuwenden. Dafür dürfen die Pariser Steuerzahler für die Opfer des Moskauer Krönungsfestes durch ihre Gemeindevertretung Geld bewilligen.

### England.

London, 18. Juni. Nach amtlicher Mittheilung wird der Prozeß gegen Jameson nicht vor dem 20. Juli verhandelt werden. Die Verhandlung wird vor dem Obersten Gerichtshof stattfinden.

### Rußland.

Merkwürdige Nachrichten kommen aus St. Petersburg. Dem Wostokischen Telegraphenbureau gehen nicht aus den üblichen offiziellen Quellen, sondern wie es ausdrücklich bemerkt, von Privatkorrespondenten folgende Nachrichten aus der Hauptstadt des russischen Reiches zu:

Einige Tage vor der Krönung fanden in einzelnen Fabriken St. Petersburgs Arbeitseinstellungen statt. Derselben wurde jedoch zunächst größere Bedeutung nicht beigelegt. Allmählig nahmen die Arbeitseinstellungen an Umfang zu. Die Streikbewegung machte mehr und mehr den Eindruck der sorgfältigsten Vorbereitung und besserer Organisation. Die Polizei richtete nimmere ihr Augenmerk auf die Vorgänge. Es wurden auch zahlreiche, unter der Arbeiterbevölkerung zur Verbreitung gelangte Rufsurse zur Niederlegung der Arbeit, Forderung höherer Löhne und allgemeiner Aufbesserung der Verhältnisse der arbeitenden Klasse aufgefunden und konfisziert. Derselben sind in russischer Sprache verfaßt und von der „Vereinigung zum Schutze der Interessen der Arbeiterbevölkerung Russlands“ unzeichnet. Obgleich die Behörden alle Maßregeln ergrieffen hatten, die Bewegung einzudämmen, streikten in der vergangenen Woche die Arbeiter noch mehrere anderer großer Fabriken. Seit dem 18. d. M. befinden sich die Arbeiter der meisten großen und größeren Fabriken Petersburgs im Ausstand. Die Arbeiter- und Fabrikbevölkerung verhält sich vollständig ruhig und verlangt nur Erhöhung des Tagelohnes und allgemeine Aufbesserung ihrer Lage, besonders in sanitärer Beziehung. Um aber dem Ausbruch etwaiger Unruhen vorzubeugen, haben sich die Behörden entschlossen, in den hauptsächlich von Arbeitern bewohnten Stadttheilen, in denen sich auch die Fabriken befinden, Truppenposten aufzustellen, die Genarmee und die Polizeimannschaften zu verstärken, Feuerwehrcorps und bereit zu halten und Kosakenpatrouillen durch die Straßen reiten zu lassen. Vorläufig ist kein Grund zu erneuten Befürchtungen. In den von Fabrikarbeitern nicht bewohnten Stadttheilen ist von der ganzen Bewegung überhaupt nichts zu bemerken.

Dem „Berliner Tageblatt“ gehen über diese Vorgänge folgende Mittheilungen zu:

Am vergangenen Freitag erlösten von der Peter-Pauls-Festung her in kurzen Zwischenräumen zehn Kanonenschüsse, aber die wenigsten in unserer Residenz hatten eine Ahnung davon, daß dieses Schießen ein Signal für das im Lager von Krosnoje Selo konzentrirte Militär war, sofort Kavallerie nach der Stadt zu detachiren. Bedrohlich genug sah die Situation auch auf den ersten Blick aus. In der Nähe der Stadt bei dem Mitrosani-Friedhof hatten sich auf offenem Felde tausende von Arbeitern aus den Putilow'schen Werken, der Rewskifabrik und anderen industriellen Etablissements gelagert, um hier, ohne erst die Polizei um Erlaubnis zu fragen, eine Versammlung abzuhalten.

Der Grund der Erregung unter den Fabrikarbeitern hängt mit den Krönungsfeierlichkeiten eng zusammen. Die Fabriken hatten die Tage des 14., 15. und 16. Mai alten Stils gefeiert, jedoch für die Unterhaltung der Feuerung in den Hochöfen u. s. w. eine größere Zahl Arbeiter beschäftigt. Diese verlangten nun eine besondere Entschädigung für ihre Mühe, andere wieder waren überhaupt damit unzufrieden, daß es für die drei Feiertage keinen Lohn geben solle, und wieder andere schlugen vor, sich zur Erzielung höherer Löhne und Verköstigung der Arbeitszeit zusammenzutun.

Manch kräftiges Wort fiel besonders gegen den Direktor der Putilow'schen Werke — direktor —, wie der einfache Arbeiter sagt; es wurde sogar davon gesprochen, ihn tod zu schlagen. Aber das waren nur einzelne Sarcasme. Die große vielstimmige Menge hielt sich merkwürdig ruhig. „Wir wollen nichts Ungefährliches thun“, hieß es, „aber wenn der Zar nach Petersburg kommt, geben wir unsere besten Arbeiter an und geben alle nach dem Bewußt, und kein Militär soll uns daran hindern, und dem Zaren schicken wir eine Deputation, ihm unser Leid zu klagen.“

Ab und zu kam sogar ein gewisser Humor zum Durchbruch; die während der Versammlungszeit zahlreich die Gasse passirenden Milchfrauen nach Petersburg wurden angehalten und die Arbeiter stellten sich, als ob sie die Milchkannen fortnehmen wollten, und wenn dann das ihre Rosinante kutschirende Bauerweib den Leuten entrüßelt zurief: „Schämt Ihr Euch nicht, mit mein bißchen Milch zu nehmen, von deren Verkauf ich mit mehren Kindern lebe“, so antworteten die Arbeiter lachend: „Aber nicht Du denn nicht, Mütterchen, daß wir bloß spaßen, sabre nur mit Gott, wir brauchen Deine Milch nicht.“ Angesichts der ruhigen Stim-

mung der Arbeiter verhielt sich das schlesische requirierte Militär durchaus zurückhaltend. In einiger Entfernung hielten kleine Kosakentrupps, die Flinten auf dem Rücken, unbeweglich zu Pferde, und von Zeit zu Zeit näherte sich ein besonders tüchtiger Arbeiter den Kosaken, um unter lebhaften Gesten den Soldaten zu erzählen, daß man gar nichts Böses thue.

Nach vielen Stunden des Hin- und Herbattirens verließ sich endlich die Menge; der größere Theil der Arbeiter lebte nach den Fabriken zurück, ein Theil hat es vorgezogen, bis auf weiteres zu feiern. Die Polizei verhielt sich ungenügend zugehörnt und will von gar nichts wissen, die Residensblätter haben nicht einmal eine Andeutung über diese Vorgänge gewagt. Unzweifelhaft werden für den feierlichen Einzug des Zaren große Vorsichtsmaßregeln getroffen werden, um unangenehme Zwischenfälle zu verhindern.

Eine amtliche Depesche meldet, daß der Kaiser und die Kaiserin den Zeitpunkt ihres feierlichen Einzuges in Petersburg verschoben haben.

Ueber die Stimmung der von der sozialistischen Bewegung noch nicht erlösten russischen Arbeiter dem Zaren gegenüber, wird uns von russischer Seite geschrieben: Es wäre durchaus falsch, wollten wir uns darüber täuschen, daß der Zar noch viele Sympathien unter der russischen Arbeiterschaft besitzt — es trat dies namentlich während der Krönungsfeier klar zu Tage, denn die Urheber des Kravalls in Moskau, wie auch ein großer Theil der in Moskau Erbrachten waren leider großräubische Arbeiter. In den letzten zwei Jahren haben zwar unsere Genossen große Erfolge unter der russischen Arbeiterschaft und namentlich auch in Petersburg und Moskau aufzuweisen, doch steht natürlich die Majorität der Arbeiter noch nicht unter ihrem Einfluß. Ein großer Theil des Volkes — die städtischen Arbeiter nicht ausgenommen — ehrt den Zaren, weil es in ihm den Repräsentanten einer Macht sieht, welche unter Umständen seine unmittelbaren Feinde, die Großgrundbesitzer und die Fabrikanten demüthigen kann und, schon gebemüthigt hat. Es hat sich eine Legende herausgebildet, wonach der Zar von einer glühenden Liebe zum Volke durchdrungen ist und nur von den Vertretern höherer Stände, welche ihn falsch informieren, verhindert wird, diese Liebe zu betheiligen. Daher kann und jeder Schritt des russischen Kaisers, welcher klar zeigt, wie gleichgiltig ihm das Wohl des Volkes ist, nur freuen. Das Taugen des Zarenpaars am Abend der Katastrophe, und an einer ganzen Reihe der darauf folgenden Abende ist daher für die Agitation unserer Genossen unerschütterlich und nichts kann ihnen mehr erwünscht sein, als daß der Zar dem Rathe seines Vizele, des Generalgouverneurs von Moskau nachgibt und den vom Volke aufs innigste gehaltenen Oberpolizeimeister Blawowsky für die musterhafte Aufrechterhaltung der Ordnung während der Krönungsfeier zum Generalmajor befördert. Wir wollen hoffen, daß die verlassene Krönungsfeier zum Schwanden der Zarenlegende viel beitragen wird und, da die Ereignisse während der Feier uns gezeigt haben, daß das russische Volk kein fruchtloses Rasein nicht theuer einschätzt, so haben wir das Recht, anzunehmen, daß, wenn es einmal zur Erkenntnis kommt, wer der Hauptführer und Bundesgenosse aller seiner Kundenther ist, es auch nicht zögern wird, sein Leben einzusetzen, wenn es gilt, den letzten Kampf gegen den russischen Kapitalismus auszufechten.

### Türkei.

Konstantinopel, 17. Juni. Die Pforte erhielt eine von dem Wali von Wan, Nozim Pascha und dem Präsidenten der Inspektionskommission Divisionsgeneral Sabeddin Pascha unterzeichnete Depesche über Vorgänge in Wan, die sich vorgestern ereignet haben. Nach der Depesche veranlaßte die Verhaftung eines Mädchens, welches revolutionäre Papiere bei sich trug, unter den Armeniern Aufregung. In dem von den Armeniern bewohnten Stadttheil wurden Militärpatrouillen abgeschossen; die Häuser und Geschäfte wurden gesperrt. Es fanden Schlägereien mit den Muhamedanern statt. Nozim Pascha und Sabeddin Pascha verboten, in die armenischen Häuser einzudringen, um größere Zusammenstöße zu verhindern. 50 Menschen verloren das Leben; bei den Armeniern wurden viele Repetiergewehre und Nicotmantelgeschosse gefunden. Zur Verhinderung ähnlicher Vorfälle gab die Pforte allen Zivil- und Militärbehörden telegraphisch die Weisung, die erforderlichen Vorsichtsmaßregeln zu treffen.

Die Pforte versichert, die Pazifikation Kreta's sei beinahe vollendet.

Nach einer in Wien eingetroffenen Meldung aus Konstantinopel waren die aus Wan gemeldeten Vorgänge erster, als in der offiziellen Meldung dargestellt wurde, und haben dort große Beunruhigung hervorgerufen. Die Waffen, welche bei den Kriegen vorgefunden wurden, sind von persischer oder russischer Herkunft. Auch aus anderen Orten liegen beunruhigende Stimmungen berichte vor. Es herrscht die nicht unbegründete Sorge, daß die Nachrichten von den Vorgängen in Wan auch anderwärts die Leidenschaften wieder zum Ausbruch kommen lassen können.

### Amerika.

St. Louis, 17. Juni. Das Resolutionskomitee hat mit 40 gegen 11 Stimmen das heute gemeldete vom Unterhaus abgearbeitete Programm einschließlich des auf die Goldwährung bezüglichen Satzes angenommen. Das Programm hatte der Konvention in ihrer heutigen Abend Sitzung vorgelesen. Bezüglich der Schmelzfrage enthält das Programm namentlich die Befürwortung von Zöllen zum Schutze der amerikanischen Schiffahrt, Holz- und Zunderzeugung.

Vom kubanischen Kräftegebiete. Der für den Krieg auf Kuba ausgerüstete Dampfer „Belico“ wurde, als er eine Flussmündung hinauffuhr, von den Aufständischen angegriffen und in den Grund gebohrt. Der Kommandant und 2 Mann der Besatzung des „Belico“ wurden schwer verwundet. Der Bootse wurde aufgefressen.

Der venezolanische Grenzstreit. Aus London wird telegraphirt: „Es verlautet, daß ein Auswärtiges Amte und im Kolonialamte offizielle Berichte über einen Einfall der Venezolaner in Britisch-Guiana eingelaufen seien. Auf eine dies betreffende Anfrage im Kolonialamte lautete die amtliche Antwort, daß zur Zeit über diesen Vorfall nichts geklärt werden könne.“ Das sieht wie ein indirektes Eingeständnis aus, daß der Einfall wirklich stattgefunden hat.

### Afrika.

Kapstadt, 16. Juni. Nach hier eingegangenen Nachrichten ist unter den zwischen Umatai und Salisbury ansässigen Eingeborenen eine neue aufständische Bewegung ausgebrochen. Der Häuptling Makoni hielt am 9. d. M. eine Versammlung der Führer der einzelnen Stämme ab, in welcher er eine allgemeine Erhebung empfahl. Ein Theil der Häuptlinge weigerte sich, der Aufforderung Folge zu leisten, die übrigen stimmten zu. Es sollen noch mehrere Weiber ermordet worden sein.

Lothaire. Wie dem „Journal de Bruxelles“ telegraphisch aus London gemeldet wird, hat die englische Regierung gegen das Lothaire freisprechende Urteil des Gerichtshofes in Boma Berufung angemeldet.

### Australien.

Schandthaten gegen Eingeborene. Daß auch in Australien die Eingeborenen unter der Ausbeutung europäischer Kolonisten schwer zu leiden haben, beweist eine Mittheilung, die das „Volk“ dem Juniheft des „Missionarblattes der Brüdergemeinde“ entnommen hat. Da erzählt einer der Missionare, die auf der Halbinsel Yorl, der Nordspitze von Australien, unter großen Schwierigkeiten durch ungesundes Klima und feindselige weiße Ansiedler und Schiffskapitäne ein Missionswerk angefangen hatten, daß es

im Oktober vorigen Jahres eine Reise ins Innere des Landes unternahm, um eine gute Stelle für eine neue Station anzufinden, und daß er nach vier Tagen auf der Viehzuchtstation Norddown anlangte, von der es heißt:

„Die Schwarzen werden auf der Station sowie auf dem dazu gehörenden Lande von 1500 Quadratkilometern in der Stunde nicht gebildet, sondern sie sich bilden lassen, verfolgt und niedergeschossen. Sie leben deshalb auf beständiger Kriegsfuß mit den weißen Eindringlingen und tödten so viele Pferde und Rindvieh, wie sie bekommen können. Aller Grund und Boden, welcher irgend welchen Werth hat, ist in dieser Weise von der Regierung an die Viehzüchter verpachtet. Nur das tiefliegende ungesunde Land an der Küste sieht den Schwarzen zu freier Verfügung.“

Charakteristisch ist, daß auch hier die Schandthaten auf die rücksichtslose Profitgier kapitalistischer Ausbeuter zurückzuführen sind. Denn die Viehzüchter (Squatters), von denen hier die Rede ist, sind Großunternehmer, denen zum Schaden der Landesentwicklung die Regierung ungeheure Landesstrecken verliehen hat. In den vorgeschrittenen Kolonien (Neuseelands und Victoria) haben deshalb auch die Arbeiter gegen dieses Landvergeudungssystem der Kapitalisten Front gemacht und ihnen Einhalt geboten. Gerade der Kampf gegen die Squatter-Wirtschaft hat die australischen Arbeiter zu ihrer raschen politischen Entwicklung verholfen. In Nordaustralien fehlt es vorläufig noch an einem aufklärten Arbeiterelement. Da haben die Kapitalisten noch freien Spielraum und — an ihren Früchten kann man sie erkennen. —

## Kommunales.

### Stadtverordneten-Versammlung.

Öffentliche Sitzung vom Donnerstag, 18. Juni, nachmittags 5 Uhr.

Die Frequenz der heutigen Sitzung ist nur schwach. Eine Reihe weiterer Urlaubsanzeigen wird zur Kenntnis gebracht.

Zur Abrundung des städtischen Grundstücks, auf welchem sich das Kaiser und Kaiserin Friedrich-Kinderkrankenhaus befindet, zur Sicherstellung des letzteren vor Errichtung von födernden Betrieben in nächster Nähe und zur eventuellen Erweiterung der Anstalt ist der Ankauf des Grundstücks Reinholdendorferstr. 33 in Aussicht genommen. Die Verhandlungen mit den Besitzern, die zuerst exorbitante Preise forderten, schweben seit einem halben Jahre; der niedrige Kaufpreis, der sich jetzt zu dem Vorschlage geneigt, das an der Oudenarderstrassen-Ecke belegene Vorderland der Grundstücke nicht mitzuerwerben, sondern nur das Restgrundstück von ca. 7181 Quadratmeter zum Preise von 20 M. für den Quadratmeter anzulassen.

Die Versammlung beschließt demgemäß.

Die Stütze zum Neubau einer Volks-Badeanstalt in der Bärwaldstraße hat der eingesezte Ausschuss unverändert genehmigt, bezgl. die Stütze für die Neubauten von Gemeinde-Doppelschulen an der Bärwald- und in der Ravenstraße; doch sollen die Projekte der Lehrer-Wohngebäude dahin umgearbeitet werden, daß die Errichtung eines dritten Stockwerkes vorgesehen wird, und außerdem soll bei dem Bau an der Bärwaldstraße zwischen der Schule und den Draußebädern eine Verbindung in Gestalt eines geschlossenen Ganges hergestellt werden.

Sämmtliche Ausschussanträge werden ohne Diskussion von der Versammlung angenommen; auch der bei dieser Gelegenheit vom Ausschuss vorgeschlagene Resolution, wonach der Magistrat „generell“ ersucht wird, Anordnungen zu treffen, daß die Ausarbeitung der speziellen Projekte schneller erfolge, erteilt sie ihre Zustimmung.

Die Petition des Berliner Kellereivereins um Gleichlegung der Ferien an den Gemeindeschulen mit denen der höheren Lehranstalten kommt heute zur Verhandlung. Ueber die zum theil recht eigenartige Begründung des Ausnahmebeschlusses (u. a. sollen die Eltern der Gemeindeschulkinder eine Ausdehnung der Ferien selbst nicht wünschen und diese den Kindern auch nicht zuträglich sein) haben wir f. B. ausführlich berichtet. Die zehn Wochen Ferien, welche die Lehrer im Jahre haben, genügen für diese, wie der Referent Stadtv. Cassel meint, ebenfalls vorläufig.

Stadtv. Perls bittet, das Petikum zu berücksichtigen. Es handele sich nicht sowohl um eine Forderung des Lehrertums, als um das Interesse des allergrößten Theiles der Bürgerschaft. Der Dienst der Gemeindeglieder sei übrigens physisch ungleich anstrengender als der der Lehrer an den höheren Anstalten.

Stadtschulrath Bertram behauptet dagegen, daß die Bürgerschaft gerade wünscht, ihre Kinder in Schulen mit vierwöchentlichen Hundstagsferien zu haben, da dann die übrigen Ferien entsprechend länger sind. Die fünf Wochen Ferien der höheren Schulen seien bloß um der Zweckmäßigkeit für die Eltern willen eingeführt worden.

Stadtv. Oberlehrer Müller befürwortet die Petition, die nur eine sehr mäßige Forderung aufstelle. Am ersten Schultage nach den großen Ferien 1894 haben von 182 000 Kindern nicht weniger als 12 000 Kinder gefehlt; das habe doch mit einer Schulordnung nicht gerade viel Nützlichkeit. Von Verwilderung oder Verrohung der Schulfugend durch die fünf Ferienwoche könne doch nicht gesprochen werden; in Wien und München seien 8 Wochen Sommerferien die Regel. (Beifall.)

Stadtv. Direktor Schwalbe kann sich nicht überzeugen, daß der Zeitpunkt für eine solche Aenderung schon gekommen ist. Von den höheren Schülern könnten auch nur etwa 33 pCt. die ganze Ferienzeit verzeihen.

Der Ausschussantrag wird angenommen.

Die Besprechung der städtischen Gewerbesteuer wird auf die zweite oder dritte Septembersitzung verschoben.

Die Restflächen der städtischen Grundstücke Gertraudenstraße 39, Ecke Petriplatz und Kl. Gertraudenstraße, sollen für den Preis von 1100 M. für den Quadratmeter an den Architekten und Maurermeister Pape verkauft werden. Der Käufer hat die Verpflichtung, bis spätestens Ende 1897 die Fläche zu bebauen.

Einem Antrag Bergmann entgegen wird die Vorlage sofort angenommen.

Der Magistrat beabsichtigt die Herausgabe eines Werkes über die Straßen Berlins, dessen Verlag der Buchhandlung J. Springer hier gegen eine Entschädigung von 28 000 M. übertragen werden soll. Die Gesamtkosten sind auf 30 000 M. veranschlagt.

Die Vorlage geht an einen Ausschuss von 10 Mitgliedern. Ueber die an die Versammlung gerichtete Beschwerde des Lehrers Friedrich Hübn über die Behandlung eines Schwerverkranken im städtischen Krankenhaus am Urban hat der Magistrat Erhebungen gepflogen, welche nach seiner Ansicht ergeben, daß die betreffenden Klagen gegen die Krankenhausverwaltung durchaus unbegründet sind.

Der Hüßwarter Rogge, der sich thatsächlich grobe und unstatthafte Aeusserungen hat zu schulden kommen lassen, ist von der Direktion sofort entlassen worden. Bezüglich des in der „Volkszeitung“ erwähnt gewesen Falles, auf den Stadtv. Singer die Aufmerksamkeit des Magistrats gerichtet hatte, erklärt dieser, daß bei ihm eine Beschwerde nicht erhoben sei, daß aber die Untersuchung eingeleitet worden und die Grundlosigkeit der Klagen ergeben hätte.

Stadtv. Friedl beantragt, die Angelegenheit auf die nächste Tagesordnung zu setzen und einen Berichterstatter zu ernennen.

Stadtverordneten-Vorsitzer Dr. Langerhaus hält diesen Vorschlag für sehr zweckmäßig, um den Interessen des Publikums gerecht zu werden, während die

Stadtv. Meyer und Horwich sich von dieser Maßnahme

keinen Nutzen versprechen und die Sache sofort heute zur Erledigung bringen wollen.

Stadtv. Singer: Eine Verlegung zwecks genauerer Prüfung scheint auch mir nicht nötig. Im Falle Hübn hat der Vorstand des Krankenhauses gewiß alles gethan, was er nach Lage der Sache thun konnte, indem er den Hüßwarter Rogge sofort entlassen hat. Ob dieser thatsächliche Mißhandlungen begangen hat, ist nicht festgestellt, doch konnte man von einem Manne, der so rohe Aeusserungen gethan hat, wie: man müsse den Kranken matt machen, damit er sich nicht mehr widersetzen könne, sich auch der That versehen. Durch die Entlassung ist das Vergehen gesühnt und der beleidigten Bürgerchaft Genugthuung verschafft. Sollte aber nicht vielleicht für solche Mißthaten eine gewisse Erklärung in einer Ueberdärkung des Wärterpersonals zu finden sein? Es wäre interessant zu wissen, wieviel Stunden die Wärter Dienst haben und welche Zahl von Kranken ihrer Pflege unterstellt ist. Vielleicht ergäbe sich daraus, ob dort etwa Verhältnisse herrschen, welche die Wärter zu nervösem Thun reizen, sie dazu führen, ihre schlechte Laune über nicht konvenirende Dienstverhältnisse die Kranken entgelten zu lassen. Auch die Frage der Entschädigung der Wärter wäre zu prüfen. Und reicht es wirklich aus, daß jemand wie hier eine Zeit lang als Rekonvaleszent Zehelnahme für seine Mitkranken zeigt, um ihn als Hüßwarter für qualifizirt zu erachten? Der vorliegende Fall beweist doch das Gegentheil. Ich bin gewiß der letzte, einem vielleicht Arbeitslosen die Möglichkeit eines solchen Erwerbes zu verschmähen, aber eine Prüfung der Qualifikation hätte vorausgehen müssen, und es ist nicht aufgefällt, ob hier nicht ein gewisser Fehler gemacht ist. Auch hier scheint sich doch wieder die Nothwendigkeit zu ergeben, nur geschultes Wärterpersonal zu verwenden. Bei der zweiten Besprechung habe ich mit Dank anzuerkennen, daß der Magistrat von seiner ursprünglichen Auffassung, als sei es unter seiner Würde, auf Zeitungartikel zu antworten, abgelenkt zu sein scheint. Es wäre ja auch sehr wunderbar, wenn auch bei uns jenes stolze Wort irgendwo zur Geltung käme: die Öffentlichkeit existirt nicht! Aber die formal vielleicht unanfechtbare — um nicht zu sagen bürokratische — Haltung des Magistrats, die als Beschwerde nur ansieht, was mit einem Petikum schließt, entspricht nicht den berechtigten Anforderungen der Bürgerschaft. Der Magistrat hätte also besser gehandelt, das ihm als Abschrift eines Manuskripts für eine Zeitung zugegangene Schriftstück sofort zum Gegenstand der Untersuchung zu machen (Nur vom Magistratslich: Ist ja geschrieben) und dem Einsender Bescheid zugehen zu lassen. Der Betreffende war bei verschiedenen Kollegen und auch bei mir. Er machte den Eindruck tiefer seelischer Erregtheit über das seiner Frau zugestohene Unheil. Nicht bestritten ist, daß er bei einem Besuche in die Tobzelle hineingekommen ist und dort seine todtkranke Frau statt auf der Matratze auf dem steinernen Boden liegend gefunden hat. Sollte sich nicht eine Einrichtung treffen lassen, die es unmöglich macht, daß der Kranke sich von der Matratze auf dem Boden wälzen kann? (Auf: Festbinden!) — etwa ein Bett mit hohen gepolsterten Wänden, wie sie in anderen Krankenhäusern vorhanden sind? Vielleicht erwägt die Krankenhausverwaltung den Vorschlag und instruirte außerdem ihr Wärterpersonal noch eindringlicher als jetzt, mit den Kranken menschlich umzugehen.

Oberbürgermeister Zelle: Auch heute hat Herr Singer wieder von dem bürokratischen Verfahren des Magistrats gesprochen. Der Fall ist ja vom Magistrat untersucht worden und das Gerechtigkeitsgefühl des Herrn Singer hätte doch so weit gehen sollen, auch zu erwähnen, daß alle Klagepunkte sich als unrichtig erwiesen haben. Der Mann trug mir seine Sache vor, ich hörte ihn ruhig an und sagte ihm, er solle die Sache schriftlich aufsetzen. Er ist dann garnicht wieder gekommen, sondern schreibt mir später bloß, er sende mir einen Artikel, den er der „Volkszeitung“ überhändelt habe. Das ist doch nicht die Art und Weise, wie man eine Beschwerde bei einer Behörde, die auf sich doch auch etwas halten muß, anbringt. Dennoch sind wir der Sache auf den Grund gegangen. Heute kommt er wieder mit einem Schriftstück an mich, ich möchte seine Zuschrift als Beschwerde ansehen. Dazu ist es jetzt, wo wir hier über die Sache verhandeln, doch wohl zu spät.

Stadtrath Bail als Vorsitzender der Krankenhaus-Deputation setzt auseinander, daß bei Hüßwärtinnen von Ueberdärkung nicht die Rede sein kann. Der Kranke Hübn sei nicht einen Augenblick bis zu seinem Tode ohne Aufsicht geblieben. Die Absicht der Beschwerde sei lediglich gewesen, in frivolster Weise Standal anzusetzen, deshalb sei sie gleichzeitig an das Krankenhaus und an die Versammlung gerichtet worden. Der Fall der todtkranken Frau habe auch jede denkbare Rücksicht erfahren; es sei garnicht zu vermeiden, daß Todtsüchtige von der Matratze springen, die Einrichtung der Tobzelle lasse sich nicht in der angeordneten Weise ändern; auch Sopha, Tische und Stühle ließen sich da nicht hineinsetzen.

Stadtv. Friedl ist von dem Erfolg seiner Anregung sehr befriedigt und zieht seinen Verlegungsantrag zurück.

Stadtv. Singer: Ich verhehe nicht die Begründung des Vorwurfs, daß man frivol habe ein bißchen Standal machen wollen. Liegt darin ein gewisser Neger darüber, daß wir hier überhaupt die Sache besprechen? (Widerpruch.) Wir müssen uns als die legitimen Vertreter der städtischen Einrichtungen doch freuen, wenn deren Mängel in aller Öffentlichkeit erörtert werden. Ich habe nicht die Verwaltung und die Einrichtungen unserer Krankenhäuser getadelt, ich habe lediglich einen Vorschlag gemacht, über den sich Herr Bail bedauerlicherweise abfällig äußert, den ich aber für technisch ausführbar halte.

Stadtv. Langerhaus: Wir können hier unmöglich über die beste Bettform für Krankenbetten debattiren. Bei den Geisteskranken besteht natürlich eine stete Unzufriedenheit mit allem und jedem, auch mit der Behandlung in den Krankenhäusern. Ein so großer Vorwurf ist es doch nicht, daß jener Hüßwarter von der Krankenhaus-Verwaltung angestellt wurde; er hatte sich ein halbes Jahr lang durch sein Verhalten für einen solchen Posten sehr empfohlen.

Damit wird der Gegenstand verlassen.

Schluß 1/8 Uhr.

## Partei-Nachrichten.

Von der Agitation. Sonntag, den 14. d. M. fand in Kapla eine von circa 400 Personen aus vielen umliegenden Orten besuchte Versammlung statt. Unter wiederholtem Beifall ließ der Referent Genosse Reichstags-Abgeordneter Reichhaus (Ordnung) die neuen Ereignisse auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet Revue passiren.

Polnische Parteipresse. Das offizielle Bulletin der sozialistischen Partei Polens, das in französischer Sprache in London in einer Auflage von 1000 Exemplaren erscheint, giebt eine Uebersicht über die Verbreitung der polnisch-sozialistischen Presse. Zu deren Organen gehören außer dem genannten Bulletin folgende Organe: „Przedswit“ („Morgensonne“), 1881 gegründet, in London in einer Auflage von 1000 Exemplaren erscheinend; „Robotnik“ („Arbeiter“), seit 1894 in Warschau allmonatlich in einer Geheimdruckerei in einer Auflage von 1500 Exemplaren hergestellt; „Naprzód“ („Vorwärts“), seit 1892 in Krakau in einer wöchentlichen Auflage von 1900 Exemplaren ausgegeben; „Nowy Robotnik“ („Der neue Arbeiter“) erscheint dreimal im Monat seit 1890 in einer Auflage von 1500 Exemplaren in Lemberg; „Swiatło“ („Das Licht“), eine populärwissenschaftliche Monatschrift, erscheint seit 1895 in Lemberg in einer Auflage von 1000 Exemplaren; das Blatt soll künftig in Krakau unter dem neuen Titel „Krytyka“ („Die Kritik“) erscheinen. In jüdisch-deutscher

Sprache erscheint in Lemberg in einer Auflage von 500 Exemplaren zweimal im Monat „Der Arbeiter“; gleichfalls zweimal im Monat erscheint in Lemberg das Fachblatt der polnischen Buchdrucker „Ognisko“ („Die Heimath“) in einer Auflage von 1000 Exemplaren. Das Organ der in Deutschland lebenden Polen ist bekanntlich die in Berlin erscheinende „Gazeta Robotnicza“ („Arbeiter-Zeitung“). Sie erscheint seit 1891 und hat jetzt eine Auflage von 1800 Exemplaren. Insgesamt hat die polnische Parteipresse 24 200 Auflage und sie publizirt im Laufe eines Jahres 290 400 Exemplare.

Polizeiliches, Gerichtliches etc. — Auf Veranlassung einer Staatsanwaltschaft in Oberschlesien wurde von der hiesigen Polizei Dienstag früh in der Redaktion der „Gazeta Robotnicza“ nach einem polnischen Liebes gehauscht. Einige Exemplare des genannten Liebes wurden mit Beschlag belegt. Der Verleger der „Gazeta Robotnicza“, in dessen Wohnung sich die Redaktion befindet, wurde aus diesem Anlaß zweimal — vor- und nachmittags — zum Verhör auf das Polizeipräsidium zitiert. Das staatsgefährliche Liebes ist ein hektographischer Abdruck des vor 2 Jahren in der „Gazeta Robotnicza“ abgedruckten Liebes mit dem Refrain: „Noch ist Polen nicht verloren.“ Der Text richtet sich speziell gegen den russischen Jatismus. Es ist uns nicht recht erklärlich, warum das Liebes gerade jetzt vor den scharfsichtigen Augen eines schlesischen Staatsanwalts keine Gnade gefunden hat.

Eine zweimonatliche Gefängnisstrafe „erachtete“ die Erfurter Strafkammer als „angemessen“ für eine Beleidigung des dortigen Bürgermeisters, die der Staatsanwalt mit 4 Monaten geahndet wissen wollte. Genosse Wiertelarz sollte dieselbe als verantwortlicher Redakteur der „Thüringer Tribune“ begangen haben durch eine Notiz, in welcher das Verbot des Mai-Unzuges kritisiert worden war. Wegen eines damit im Zusammenhang stehenden Inserats erfolgte Freisprechung, da der Genosse Wiertelarz nachweisen konnte, daß er erst nach Drucklegung von demselben Kenntniß erhielt.

Merkwürdige Schicksale einer Revisions-eingabe. Unsere Leser erinnern sich wohl alle noch des aufsehenerregenden Urtheils des Mühlhäuser Gerichts-hofes, durch dessen Spruch der Redakteur der „Mannheimer Volksstimme“, Genosse Kehler, zu sechs Monaten Gefängnis, der Verfasser des inkriminirten Artikels, Genosse Martin, zu einem Jahre Gefängnis verurtheilt worden waren, während der Staatsanwalt nur 300 M. Geldstrafe bzw. 2 Monate Gefängnis beantragt hatte. In der gesammten Presse Deutschlands hatte dieses Urtheil den Eindruck des Erfahrens und des Befremdens hervorgerufen. Gegen das Urtheil war seitens der Beklagten Revision eingeleitet worden. Dieser Tage nun erhielten die beiden vom Landgericht Mühlhausen die kurze Mittheilung, daß die Revision, weil verspätet eingereicht, als unzulässig verworfen sei. Die „Mannheimer Volksstimme“, der wir obige Mittheilung entnehmen, bemerkt demgegenüber, daß die Beklagten in der Lage sind, den Beweis zu erbringen, daß sie das Rechtsmittel der Revision rechtzeitig ergriffen haben.

## Soziale Uebersicht.

Für den Achtuhr-Ladeschluss nach den Vorschlägen der Reichskommission für Arbeiterstatistik entschied sich eine am 17. Juni in Leipzig abgehaltene, von gegen 400 Handelsangestellten besuchte und von der Freien Vereinigung der Kaufleute einberufene Versammlung durch einstimmige Annahme folgender Resolution: „Die Versammlung erklärt, daß der gesetzliche Achtstundentag nicht bloß für offene Verkaufsgeschäfte, sondern für die Angestellten des gesammten Handelswerkes nach wie vor mit allen Kräften zu erstreben ist. Als Uebergangsstadium erscheint der von der Reichskommission für Arbeiterstatistik vorgeschlagene Achtuhr-Ladeschluss ohne alle Ausnahme, aber für alle Handelsgeschäfte überhaupt als annehmbar. Außerdem ist für die jugendlichen Personen bis zu 18 Jahren eine um mindestens zwei Stunden kürzere Arbeitszeit einzuführen.“

Sanitäre Minimalforderungen an die vom Unternehmer gestellten Arbeiter-Wohnungen hat kürzlich der österreichische „Oberste Sanitätsrath“ festgelegt. Vom Referenten, einem Ober-Sanitätsrath, war, auf Grund eigener Inaugenscheinnahme, namentlich die sanitätswidrigen Wohnungsverhältnisse in den Ziegeleien der Umgebung Wiens, beleuchtet worden. Die Schilderungen deckten sich mit dem, was von deutschen Ziegeleien allgemein bekannt ist.

Eine Statistik der Analphabeten, die von dem Einwanderungsamte der Vereinigten Staaten aufgestellt worden ist, giebt das Verhältniß der Analphabeten zu der Gesamtzahl der Einwanderer aus den verschiedenen europäischen Ländern an. Frankreich liefert Portugal verhältnißmäßig die meisten Analphabeten mit 67,35 pCt., dann kommt Italien mit 62,98, Galizien und die Bukowina mit 43,68, Russisch-Polen mit 39,82, Ungarn mit 37,69, das eigentliche Ausland mit 36,42, das übrige Oesterreich mit 32,70, Griechenland mit 25,18, Rumänien mit 17,75, Belgien mit 15,22, die europäische Türkei mit 14,79, Wales mit 10,43, Böhmen und Mähren mit 8,98, Spanien mit 8,71, Island mit 7,27, Finnland mit 3,58, Frankreich mit 3,50, England mit 3,49, Niederland (ohne Schiphol) mit 3,38, Schottland mit 2,83, Deutschland mit 2,49, Norwegen mit 1,02, Schweden mit 0,74, die Schweiz mit 0,60 und schließlich Dänemark mit nur 0,49 pCt. Die nordischen Länder und die Schweiz stehen somit obenan.

## Gewerkschaftliches.

Die Schieferdecker Münchens haben den Reichstern folgende Forderungen unterbreitet: Einstufung der neunstündigen Arbeitszeit; Beibehaltung des gegenwärtigen Tagelohns, welches gleichbedeutend mit 12 pCt. Lohnhöhung; einen Mindestlohn von 4,50 M.; Abschaffung der Akkord- und Sonntagarbeit; für Ueberstunden 25 pCt. Lohnzuschlag; ferner dürfen Maßregelungen innerhalb eines Jahres nicht stattfinden. Falls die Reichstern nicht bewilligen, soll der Generalstreik proklamirt werden. Die Organisation umfaßt 95 pCt. aller in München Beschäftigten. Bei eventuellem Beginn des Streiks wollen die Zimmerleute und Klempner mit den Dachdeckern sich solidarisch erklären und keinerlei Arbeiten für sie verrichten.

Der romanische Typographenbund tagte Sonntag in Genf; die Versammlung war von 686 Mann aus 9 Sektionen besucht. Die verschiedenen Berichte wurden genehmigt. Das Vereinsvermögen beträgt 27 000 Fr. Die Versammlung beschloß Unterstützung der Petition des deutsch-schweizerischen Typographenbundes an den Bundesrath um Erlass besonderer gesetzlicher Vorschriften für die Buchdrucker-Berufsklassen. Die Versammlung beauftragte das Zentralomitee, den Buchdruckereien der westlichen Schweiz, welche in ihren Berufsklassen Frauen beschäftigen, Schritte zu thun um Abschaffung der Frauenarbeit.

## Depeschen und letzte Nachrichten.

Brüssel, 18. Juni. (W. Z. B.) Heute begann vor dem Schwurgericht die Verhandlung gegen Hennin, den Kassirer der „Société générale“, welcher wegen Unterschlagungen im Betrage von über zwei Millionen Francs angeklagt ist. Hennin ist geflüchtet.

Tunis, 17. Juni. (W. Z. B.) Hier ist das bestimmte aufstrebende Gerücht verbreitet, Marquis Morès sei mit 85 Mann im südlichen Tripolis, wahrscheinlich vom Stamm der Senussi, ermordet worden. Einzelheiten fehlen noch.

## Reichstag.

108. Sitzung vom 18. Juni 1896. 1 Uhr.

Vin Tische des Bundesrats: von Böttcher, von Stephan, Nieberding, Koch.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Verlesung der Interpellation der Antifemiten Liebermann v. Sonnenberg, Förster (Neustettin), Werner u. Gen.: 1. Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt geworden, daß der kaiserl. Telegraphenbeamte Kaiser am 10. Mai d. J. während ordnungsmäßiger Ausübung seines Dienstes im Annahmeraum des hiesigen Haupttelegraphen-Amtes durch den englischen Zeitungs-Korrespondenten Balford beschimpft und thätlich beleidigt ist? 2. Weiß der Herr Reichskanzler davon, daß der beleidigte Beamte durch Einwirkung des Herrn Staatssekretärs des Reichspostamtes Dr. v. Stephan veranlaßt worden ist, auf eine strafrechtliche Verfolgung zu verzichten und dem Beleidiger lediglich eine Geldbuße von 100 M. und eine mündliche Entschuldigung auferlegt worden ist?

Staatssekretär v. Stephan erklärt sich bereit, die Interpellation gleich zu beantworten.

Abg. Liebermann von Sonnenberg (Deutsch. Reform-P.): Wenn die Mittheilungen sich bewahrheiten, dann würde das Ansehen des Deutschen Reiches geschädigt. Eine offiziöse Erklärung ist angekündigt worden, aber nicht erfolgt. Die Hauptsache ist, ob dieser Herr einen Beamten beschimpft und thätlich angegriffen hat und ob die vorgesetzte Behörde eine gerichtliche Sühne des Falles verhindert hat. Das ist keine Partei-sache, sondern eine Sache des öffentlichen Interesses. Herr Balford giebt das weisse, was die Zeitungen über den Fall berichteten, zu. Nach den Zeitungen ist Herr Balford Vertrauensmann des Herrn Madenzie unseligen Andenkens gewesen, er ist Vertrauensmann der südafrikanischen Gesellschaft und soll auch Mitglied einer der ältesten Jagdgesellschaften sein. Wenn solchen Einflüssen der höchste Beamte der Reichs-Postverwaltung nachgeben hätte, so würde das seinem Ansehen sehr schaden. Es ist behauptet worden, daß die Sache friedlich beigelegt sei, um den Empfang der englischen Schiffdingenture nicht zu fügen. Wenn der deutsche Kaiser nach England kommen würde, würde man schwerlich Deutsche, die sich vergangen haben, strafflos ausgehen lassen. Wenn solche Behauptungen in die Welt hinausgehen, dann kann man sich nicht wundern, daß das Ansehen des Reiches herabsinkt. Eine Strafverfolgung ist ja nicht mehr möglich, aber es giebt eine Bestimmung über lästige Ausländer, und ich kann mir kaum einen lästigeren Ausländer denken, als einen solchen, der einem in Ausübung seines Berufs befindlichen Beamten auf die Finger schlägt. Man beurtheilt diese Verhältnisse im Auslande für uns sehr erfreulich. Man sagt in Amerika, daß das deutsche Reich zu Grunde gehen werde an seiner Bureaucratie; auf den Reichensstein werde man schreiben: Hier liegt das einige Deutsche Reich, leider zu früh in der Tinte erloschen.

Staatssekretär v. Stephan: Ich werde den hohen Ton des Vorredners nicht anschlagen. (Beifall links.) Ich könnte den Ausführungen des Vorredners zustimmen, wenn die Thatfachen, von denen er ausgeht, richtig wären. Die Darstellungen in einigen untergeordneten Berliner Zeitungen, welche auch das Unfinnige glauben und weiter erzählen, leiden an großen Uebertreibungen und Entstellung des Sachverhalts. Man ist daran ja gewöhnt. Es ist nur ein Theil des Publikums, der sich des Lesens dieser Zeitungen schuldig macht. (Weiterkeit.) Die erste Unrichtigkeit ist, daß vollständig verschwiegen wird, daß der Beamte den allerersten Anlaß zu dem Zwist gegeben hat. Während sonst zur Verschleimung und Erleichterung des Dienstes der Zeitungskorrespondenten, die ja sehr gute Kunden sind, (Aha! rechts) bestimmt ist, daß die Fählung der Worte, zu welcher der Beamte nicht verpflichtet ist, unterbleiben kann, erfolgte hier die Fählung. Nach einer halben Stunde, als der Korrespondent die Fortsetzung des Telegramms brachte, ließ er den Anfang noch liegen, während er annahm, daß dasselbe schon in London sei. Das hat natürlich diesen Herrn in Aufregung versetzt; trotz der Aufforderung zur Verschleimung setzte der Beamte das Zählen fort. Durch die Verzögerung kann ein solches Telegramm vollständig überflüssig werden. Das Telegramm kostete über 200 Mark. Kritiker haben die Zeitungen behauptet, daß sogar der Stoch in Bewegung gekommen wäre. Der Herr hatte gar keinen Stoch und befreit auf das entschiedenste, dem Beamten Thätlichkeiten zugestigt zu haben. Es heißt in den Zeitungen weiter, daß ich Herrn Balford zuerst abgewiesen hätte. Das ist nicht wahr. Ich empfangen jeden, der mich besuchen will, ohne Unterschied der Person und der Nation. (Zustimmung links.) Ich habe ihn empfangen; er hat mich um Entschuldigung gebeten. Ich habe ihm gesagt, daß ich nicht das gerichtliche Verfahren einleiten könne. Es ist ein regelmäßiges uraltes Verfahren bei der Postverwaltung, daß in solchen Fällen, wo jemand dem Beamten um Entschuldigung bittet und eine Summe als Sühne zahlt, die Anzeige nicht erstattet wird. Eine solche Sühne liegt doch auch im christlichen Geiste; warum soll denn alles auf die Spitze getrieben werden? Es verkehren Tausende von Menschen auf dem Haupttelegraphenamt, der Dienst der Beamten ist ein nervenaufregender und die Arbeit der Korrespondenten ebenfalls. Es wird ferner behauptet, ich habe den Herrn erst empfangen nach Einmischung höherer Persönlichkeiten. Das ist unrichtig. Es heißt dann, der Beamte sei absichtlich verfehlt worden. Das ist völlig falsch. In der Instruktion für die Ober-Postdirektion heißt es, daß mit Freude wahrgenommen sei, wie sich das Austreten der Postbeamten sehr verbessert hat; man könne sagen, es seien lauter Gentlemen. Dieser Geist müsse weiter gehoben werden.

Abg. Werner (Reform-P.) beantragt die Besprechung der Interpellation, die aber nicht stattfinden kann, da nur die Antifemiten und einige Konervative den Antrag unterstützen.

Ein Versuch des Abg. Förster-Neustettin, einige Worte des Widerspruchs in der Form einer Bemerkung zur Geschäftsordnung zu erwidern, scheitert an dem Widerspruch des Präsidenten.

Es folgt die Berathung des Antrages des Grafen von Arnim: „Den Reichskanzler zu ersuchen, mit möglichst beschleunigter Veranlassung, daß die Pfandbriefe der landwirtschaftlichen Kreditinstitute von der Reichsbank zu den gleichen Bedingungen lombardirt werden, wie die Reichsanleihen.“

Abg. Graf Arnim: Der Zustand, den wir wünschen, hat bis 1884 bestanden und wir wollen ihn wiederhergestellt sehen. Auf diese Weise könnten die Gelder der Reichsbank der Landwirtschaft zugeführt werden.

Reichsbank-Präsident Koch: Die Reichsbank ist sehr entgegenkommend gewesen; wir haben jetzt 31 Millionen Pfandbriefe in unserem Lombard. Wir haben bei den Konvertierungen derselben immer gern mitgeholfen. Wir haben über 100 Millionen hergegeben, um die Konvertierung der Pfandbriefe zu erleichtern. Der niedrige Kurs der Pfandbriefe ist durchaus erklärlich. Die sogenannte Generalgarantie bezieht sich nur auf 70 pCt. der Pfandbriefe; überhaupt ist das Publikum über die Pfandbriefe nicht so orientirt, wie über Staatspapiere. Selbst wenn die beantragte Maßregel geeignet wäre, den Kurs der Pfandbriefe etwas zu steigern, so kommen doch dem gegenüber

die Grundzüge der Reichsbank in Betracht; wir müssen doch für den Lombard möglichst flüssige Werte haben. Neben den Land-schaften des Ostens kommen die Rentenbriefe, die Provinz- und Stadtobligationen auch in Betracht und wir können doch diesen gegenüber die Pfandbriefe nicht bevorzugen. Der Zeitpunkt wird allerdings nicht fern sein, wo der Lombard sich so vermehrt, daß wir den Zinsfuß erhöhen müssen, auch für die Staatspapiere, daß der Lombardzinsfuß dann allgemein 1 pCt. über Wechselkurs sich stellt. Ich bitte den Antrag abzulehnen.

Abg. Graf Mirbach (L.): Die Antragsteller haben sich an den Reichskanzler gewendet und nicht an den Reichsbankpräsidenten, von dem sie ja nicht ein so großes Maß von Wohlwollen erwarten. Nicht um Geldoperationen wünschen die Antragsteller eine Gleichstellung des Lombardzinsfußes, sondern im Interesse des gefundenen Credits der ersten deutschen Erwerbsthätigkeit. Wenn die Reichsbank der Konvertierung der Pfandbriefe gegen Entgelt beigeprungen ist, so hat sie ihre Pflicht erfüllt und die gegebenen Verhältnisse berücksichtigt, aber von einem Wohlwollen kann dabei keine Rede sein. Der Kredit der Landwirtschaft würde gehoben werden durch die Durchführung des Antrages des Grafen Arnim und durch eine rationelle Konvertierung. (Zustimmung rechts.) Die Summe der Staatspapiere beträgt 12 Milliarden; es könnten also 9 Milliarden Lombard daraus genommen werden, während das Lombarddarlehen im Verhältniß ein sehr geringes ist. Was bedeutet demgegenüber die Vermehrung der zum billigeren Lombardzinsfuß zulassenden Papiere. Redner empfiehlt als Muster die französische Bank und den Minister Meline.

Reichsbank-Präsident Koch: Der Reichskanzler hat mich zum Kommissarius für diese Sache bestellt; mir sind keine Intentionen wohl bekannt. Graf Mirbach beschuldigt mich des mangelnden Wohlwollens gegenüber der Landwirtschaft. Er verwechselt wohl Feudalismus und Landwirtschaft; für letzteren habe ich stets mein Wohlwollen zugewendet. Die Lombardanlage kann sehr bedenklich anschnellen; es giebt Bankpolitiker, die ganz gegen die Lombardierung von Werthpapieren sind, wie z. B. Adolfs Wagner. Der Bankvorrat beträgt meist 1000 Millionen Mark; während wir nur 39,2 pCt. Bedeckung brauchen, haben wir oft 90 pCt., ja manchmal sogar Ueberdeckung. Die Bank genießt im Inlande und Auslande großes Ansehen.

Abg. Warth (fr. Vg.): Die Gefahr, daß die Reichsregierung sich die Ansichten des Grafen Mirbach aneignen, ist nach den letzten Ausführungen nicht groß. Die Durchführung des Antrages wird die Kurse der Pfandbriefe nicht künstlich steigern; dazu würde vielmehr eine klare Rechnungslegung der Landschaften beitragen.

Abg. Szunla (Z.) bestritt, daß die Pfandbriefe gegenüber den Staatspapieren minderwerthig sind und empfiehlt die Annahme des Antrages.

Abg. Meyer-Danzig (Rp.) bestritt, daß ein bankpolitischer Grundfals dem Antrag entgegenstehe.

Abg. v. Stumm (Rp.) hält die Forderungen, die Pfandbriefe den Staatspapieren gleichzustellen, für vollständig berechtigt.

Abg. v. Standh (L.) findet es unerhört, daß der Reichsbank-Präsident meint, die wiederholte Erörterung dieser Frage sei wohl nicht im Interesse der Pfandbriefe. Es handelt sich hier um einen Punkt, wo die Interessen Preußens im Reiche nicht genügend geachtet sind.

Präsident v. Nolke kündigt an, daß die Abstimmung über den Antrag eine namentliche sein würde.

Nach weiterer nichts Neues bietender Debatte findet die namentliche Abstimmung über den Antrag Arnim statt; an derselben beteiligten sich nur 184 Mitglieder, von denen 72 für und 112 gegen den Antrag stimmten. Das Haus ist also nicht beschlußfähig.

Schluß 5 Uhr. Nächste Sitzung Freitag 11 Uhr. (Zweite Lesung des Bürgerlichen Gesetzbuches und Gesamtstimmung über die Novelle zur Gewerbe-Ordnung.)

## Achtung, Gewerbegerichtswahl!

Formulare zur Einzeichnung in die Wählerlisten für Arbeitgeber und Arbeitnehmer betreffs der Gewerbegerichtswahl sind an folgenden Stellen zu haben:

- Südost: Tolkendorf, Restaurateur, Görlischerstraße 58.
- Meyer, Restaurateur, Görlischerstraße 63.
- Trittelwih, Restaurateur, Falkensteinstr. 7.
- Röppen, Restaurateur, Reichenbergerstraße 118.
- Erbe, Restaurateur, Cuvrystraße 25.
- Seidler, Restaurateur, Ratiborstraße 16.
- Goly, Restaurateur, Grünauerstraße 3.
- E. Scholz, Glasmeister, Wrangelstr. 32.
- Schayer, Restaurateur, Reichenbergerstr. 54.
- Brödenfeld, Restaurateur, Mantuffelstr. 69.
- Schulz, Zigarrengeschäft, Admiralstr. 40a.
- F. Thiel, Zeitungspediteur, Stalitzerstr. 35.
- Kruschke, Barbier, Stalitzerstraße 18.
- Schilling, Restaurateur, Bäckerstr. 55.
- Röppen, Restaur., Köpnickestr. 20a.
- Beyer, Restaurateur, Wrangelstr. 136.
- Schumacher, Restaurateur, Bäckerstr. 49.
- Rachfahl, Restaurateur, Waldemarstr. 18.

- Osten: Otto Zabel, Restaurateur, Frankfurter Allee 90.
- Wilhelm Pock, Restaurateur, Grüner Weg 46.
- Otto Franke, Restaurateur, Friedrichsbergerstr. 11.
- E. Kolms, Restaurateur, Mühlenstr. 38.
- Friedrichs, Restaurateur, Dresdenerstr. 27.
- F. Wille, Andreadstr. 28.

- Nord-Westen und Norden: J. Psarr, Restaurateur, Putillystr. 10.
- Franz Kleinert, Restaurateur, Müllerstr. 7a.
- Tauschel, Restaurateur, Grenzstr. 4.
- R. Augustin, Restaurateur, Rastanien-Allee 11.
- Max Faber, Stephanstraße 15.
- Remjer, Restaurateur, Beußelstr. 19.
- Rachgänger, Restaurateur, Swinemünderstr. 124.
- Marten, Restaurateur, Ackerstr. 123.
- Wihel, Restaurateur, Ackerstraße 145.
- Schayer, Restaurateur, Brunnenstr. 44.
- Wegmann, Restaurateur, Tanzigerstr. 78.
- Nike, Zigarrengeschäft, Saarbrückerstr. 7.
- Lichte, Restaurateur, Schwedterstraße 34.
- Daberland, Restaurateur, Vellermannstr. 87.
- Sahmann, Zeitungspediteur, Grünthalerstr. 64.
- Mörschel, Restaurateur, Schönhauser Allee 28.

- Zentrum: R. Sabiel, Restaurateur, Rosenthalerstr. 57.
- Sinte, Restaurateur, Judenstr. 36.
- Keul, Zigarrengeschäft, Barnimstr. 42.

- Südwesten und Westen: P. Werner, Restaurateur, Balowstr. 59.
- Rizing, Restaurateur, Bellealliancestr. 74.
- Say, Restaurateur, Marktgrafenstr. 102.
- Grube, Restaurateur, Mariendorferstr. 5.
- E. Schoneheim, Restaurateur, Gräfeinstr. 8.

- Süden: B. Werner, Zigarrengeschäft, Ritterstr. 15.
- Paul Müller, Restaurateur, Gräfeinstr. 31.

## Lokales.

**Achtung, 2. Wahlkreis.** Parteigenossen, welche sich an der heutigen Verbreitung von Flugblättern zur Gewerbegerichtswahl beteiligen wollen, werden ersucht, in folgenden Lokalen zu erscheinen: Kizing, Bellealliancestr. 74; Werner, Balowstr. 59; Schoneheim, Gräfeinstr. 8. Zahlreiche Beteiligung erwünscht. Der Vertrauensmann.

**Zum besten der ausgeperrten Mitarbeiter** findet am nächsten Sonnabend, den 20. d. M., im Lokal von Pips (Friedrichshain) ein von den Gesangsvereinen Gleichheit, Einigkeit und Kaiserlicher Männerchor veranstaltetes Sommerfest statt, dessen Besuch wir den Parteigenossen in anbeacht des guten Zwecks empfehlen.

**Achtung, Schöneberg!** Die Leser des „Vorwärts“ werden hiermit ersucht, soweit sie noch nicht bei der Parteispedition abonniert haben, dies bis 1. Juli zu thun; jeder hat die Pflicht, auch auf diese Weise regen Antheil an dem Ausbau der Parteisache zu nehmen. Bei folgenden Personen werden Abonnements auf den „Vorwärts“ und die gesammte Parteiliteratur entgegen genommen: Parteispediteur B. Bäumer, Weizigerstr. 59, S. p.; Rest. Obst, Grunewaldstr. 110; Rest. Pinger, Kollendorferstr. 16; Rest. Klauke, Götzstr. 43; Rest. Klein, Merseburgerstr. 7; Rest. Hoffmann, Sedanstr. 10; und Fröhlich, Maxstr. 4. Der Vertrauensmann.

**Achtung, vierter Wahlkreis!** Zu der heute Freitag Abend stattfindenden Flugblatt-Verteilung, die Gewerbegerichtswahlen betreffend, wollen die Parteigenossen sich möglichst zahlreich an den bekannten Stellen einfinden. Die Vertrauenspersonen.

**Achtung, Buchbinder des dritten Reichstags-Wahlkreises!** Kollegen, welche gewillt sind, heute Freitag Flugblätter zu den Gewerbegerichtswahlen zu verteilen, werden ersucht, heute Abend 8 Uhr pünktlich im Restaurant Benz, Alte Jakobstr. 69, zu erscheinen.

**Achtung, fünfter Wahlkreis!** Parteigenossen, welche gewillt sind, sich an der am Freitag den 19. d. M. stattfindenden Flugblattverbreitung zu den Gewerbegerichtswahlen zu beteiligen, werden ersucht, sich abends 8 Uhr in folgenden Lokalen einzufinden: Wichmann, Heinersdorferstr. 10, Wolke, Landsbergerstraße 41, und Wittschow, Al. Hamburgerstr. 27. Zahlreiche Theilnahme ist Ehrenpflicht.

**Von der blinden Wuth, mit der die „Germania“** alles begeißert, was nach Sozialdemokratie ausieht, liefert dies Organ der Kapitalisten ultramontaner Gesinnung abermals einen traurigen Beweis. Zur Widerlegung der kürzlich von unserem Genossen Singer im Reichstage gesprochenen Worte, daß unsere Partei in ihren Reihen keine Leute dulde, die von der öffentlichen Meinung mit recht verachtet werden, führt das Berliner Zentrumsblatt die ehrenden Worte an, die wir kürzlich jener edlen Dulderin, der demnächst wieder aus dem Zuchthause zurückkehrenden Frau Agnes Reinhold gewidmet haben. Die Sozialdemokratie kann stolz darauf sein, daß ihre Feinde bei allen Bemühen, sie zu verunglimpfen, auf nichts anderes kommen konnten, als auf diesen Fall; und die edle Frau, die von dem frömmelnden Blatte beschimpft werden sollte, sieht viel zu rein und hoch da, als daß sie durch den Geifer der „Germania“ beschmutzt werden könnte!

Um aber zu zeigen, auf wie tiefer sittlicher Stufe das von Christenthum und Frömmigkeit tiefende Blatt hier selbst nach bürgerlicher Anschauung steht, wollen wir eine Stelle aus einem Leitartikel wiedergeben, welchen die gewis zurückhaltende „Boschische Zeitung“ am 11. Juli 1890 über den Reinhold'schen Hochverratsprozeß brachte. Es heißt da:

„Im Mittelpunkt dieses Dramas steht eine junge Frau, welche sichtlich von überschwänglicher Liebe zu ihrem Mann erfüllt ist und ebenso sichtlich für ihre Mitmenschen die wärmste Theilnahme empfindet. Sie ist nicht an persönliche Vortheile bedacht, sie denkt nicht an ihr eigenes Geschick, sie ist bereit, sich für ihre Mitmenschen zu opfern...“

So urtheilt selbst eine erklärte Gegnerin aller auf den „Amstutz“ der Gesellschaft gerichteten Bestrebungen über das Heldenweib, dem die Arbeiterschaft demnächst aus vollem Herzen ihre Sympathien entgegen bringen wird.

Für die christliche „Germania“ aber ist es schade, daß sich aus alter Römerzeit keine staaterhaltenden Neuperungen über einen Justizmord mehr vorfinden, der im Jahre 33 nach unserer Zeitrechnung unter einem gewissen Landpfleger Pilatus passiert sein soll. Das fromme Blatt würde in den amstutzfeindlichen Moralbeurtheilungen aus dieser Zeit ganz gewis eine sprakante Aehnlichkeit mit seinem eigenen erbärmlichen Geschimpfe entdecken.

**Die Polizeistunde in Nizdorf.** Uns wird geschrieben: Amtsvorsteher Boddin in Nizdorf erläßt bekanntlich jetzt in den dortigen Lokallättern eine Erklärung, dahingehend, daß er niemals Aktionär der Vereinsbrauerei gewesen sei, auch in keinem Falle die Gewährung einer ausgedehnteren Polizeistunde davon abhängig gemacht worden sei, daß die nachsuchenden Gastwirthe ihr Bier von der Vereinsbrauerei beziehen. Nach seinen Feststellungen irgendwelcher Art über die Bierbezugsquelle der Gastwirthe von ihm überhaupt nicht vorgenommen oder veranlaßt worden. — Hierzu sei folgendes bemerkt: Die Ver-sagung oder Gewährung verlängerter Polizeistunde entscheidet dem Namen nach allerdings der Amtsvorsteher, die eigentliche Entscheidung liegt aber in den Händen des jeweiligen Gendarmerie-Oberwachmeisters, dem die Nachfragen über die nachsuchenden Gastwirthe übertragen werden. Was hierbei geschieht, darüber werden hoffentlich in Wäde gerichtliche Verhandlungen genauem Aufschluß geben.

**Von der Lage der Angestellten in Badeanstalten** giebt eine uns zugegangene Mittheilung einen Begriff, wonach der Schwimmmeister an der Anstalt am Wasserfordboden dieser Tage Knall und Fall entlassen wurde, weil er abends halb 11 Uhr nach etwa 17stündiger Arbeitszeit Einwendungen gegen den Befehl erhoben hatte, eine ihm noch ausgetragene Arbeit zu verrichten. Leider besteht noch keine Organisation der Angestellten in Badeanstalten, welche sich gegen eine derartige Ausnutzung der Arbeitskraft zur Wehr setzen könnte.

**Zu der Väterverordnung des Bundesrats** giebt der Polizeipräsident bekannt, daß einseitigen der 18., 19., 21., 22., 23. und 31. Dezember d. J. als diejenigen Tage festgesetzt sind, an denen in Bäckereien und Konditoreien Gehilfen und Lehrlinge über die vorgeschriebene Dauer hinaus beschäftigt werden dürfen.

**Die Zinkbänke in der vierten Wagenklasse** auf den preussischen Eisenbahnen sollen, wie ein hiesiges Blatt wissen will, demnächst wieder beseitigt werden. Zu den aus den Reparaturwerkstätten zurückgekommenen Wagen dieser Klasse fehlen bereits diese Bänke. Die Verkehrstatistik soll ergeben haben, daß die 3. Wagenklasse infolge der bequemeren Einrichtung der 4. Wagenklasse bedeutend weniger benutzt wurde, und eine merkliche Mindereinnahme in der Eisenbahnverwaltung verursacht hat. Diese ungeheuerliche Meldung veranlaßt selbst die harmlose „Abendpost“ zu einem lebhaften Ausfall: Wir können vorerst an die Nichtigkeit dieser



verlangen, ist in dem betreffenden Schriftstück, das die Firma an die Streikkommission hat gelangen lassen, garnicht die Rede. Die Streikkommission lehnte denn auch diese geringfügigen Zugeständnisse ab und beschloß, auf den alten Forderungen zu beharren.

Die Arbeiterinnen haben sich nun ebenfalls dem Streik angeschlossen, sie fordern für das Andrehen von 100 Gang 70 Pf., anstatt wie bisher 60 Pf. In sämtlichen bisherigen Fabriken wird 70 Pf. für diese Arbeit bezahlt, nur bei B. Neugebauer Söhne nicht. Außerdem fordern die Andrehen für das Reigen der Drahtgeschirre ohne Scharn einen Zuschlag von 30 Pf. pro Kette. — Der Geist der Streikenden ist noch wie vor ein guter.

Der Verein für kaufmännische Angestellte zu Frankfurt a. M., der bekanntlich von dem Kongress des Verbandes kaufmännischer Vereine zu Berlin aus dem Deutschen Verbands ausgeschlossen worden war, hatte am 16. Juni eine öffentliche Versammlung einberufen. Diese war auch vom gegnerischen Verein sehr stark besucht. Die Referenten, Herr Lohse, der von dem ausgeschlossenen Verein nach Berlin delegiert war, sowie Dr. Quard und alle Diskussionsredner, auch die vom Frankfurt-er kaufmännischen Verein, der vergeblich gegen den Ausschluß seines dortigen Konkurrenzvereins protestiert hatte, rügten in scharfer Weise die Handlungsweise des Verbandes. Schließlich fand folgende Resolution gegen 7 Stimmen Annahme: Die heutige öffentliche Versammlung Frankfurt-er Handlungsgehilfen und Gehilfen erklärt sich mit den Ausführungen der Referenten völlig einverstanden. Sie erklart in dem Anschluß des Vereins für kaufmännische Angestellte aus dem Verbands kaufmännischer Vereine das Eingeständnis dafür, daß dieser Verband die Interessen der Handlungsgehilfen nicht vertreten kann und will. Die Versammlung drückt daher dem Verein für kaufmännische Angestellte und dessen Bestrebungen ihre volle Sympathie aus und ersucht denselben, auf dem von ihm beschrittenen Weg im Interesse der Handlungsgehilfen fortzuschreiten.

Der Schuhmacherstreik in Elmhorn ist beendet. Die zwischen den Fabrikanten und der Lohnkommission getroffene Vereinbarung lautet: 1. Die Arbeit wird zu den alten Löhnen wieder aufgenommen. 2. Die in den Streik gegangenen Arbeiter müssen bei den Arbeitgebern, bei welchen sie beschäftigt waren, wieder in Arbeit treten. 3. Maßregelungen finden nicht statt. 4. Der Verein ist bereit, falls die Konjunktur sich derartig gestaltet, daß für die Waare ein Aufschlag zu erzielen ist, welche eine Lohnaufbesserung zuläßt, den Arbeitnehmern dementsprechend entgegenzukommen. Obwohl also die Arbeiter trotz mehrwöchentlichen Streikens eigentlich nichts erreicht haben, so ist doch anzunehmen, daß die Fabrikanten es in bezug auf das Innehalten des Punkt 4 ehrlich meinen, daß den Arbeitern also bei steigender Konjunktur die Früchte des Streiks zufließen werden, denn die Fabrikanten werden ein zweites Mal es nicht so leicht auf einen erneuten Streik mit ihren Arbeitern ankommen lassen. Bezug von Schuhmachern ist noch fern zu halten.

Gewerkschaftskämpfe in Dresden. Es streiken noch 600 Maurer und 20 Erdarbeiter des Dresdener Tiefbau-Amtes, die die Erhöhung des Stundenlohnes um 3 Pf. fordern. Der Streik der Metallschläger sowohl als auch der Hutmacher dauert unverändert fort. Aufgelöst wurde eine stark besuchte Schuhmacherversammlung, die am Dienstag Abend in Dresden stattfand. Es ist dies seit kurzer Zeit schon die dritte Schuhmacherversammlung, in der der Hauptredner nicht auftreten konnte.

Die Maurer von Mainz und Umgebung haben gestern, wie der „Frankfurter Zeitung“ gemeldet wird, an die Bauunternehmer ein Memorandum zur Beantwortung bis 20. Juni gerichtet, in dem sie einen Stundenlohn von 40 Pf. verlangen, also eine Erhöhung des gegenwärtigen Lohns um 2 Pf. pro Stunde. Den Maurern, die weniger als 30 Pf. verdienen, soll der Lohn als Minimallohn auf 30 Pf. erhöht werden. Der Durchschnittslohn für die Handlanger soll auf 30 Pf., der Minimallohn auf

27 Pf. pro Stunde festgesetzt werden. Weiter verlangen sie genaue Beobachtung der zehnwöchentlichen Arbeitszeit, in Ueberrunden eine Lohnerhöhung von 35 pCt., bei Nachtarbeit von 85 pCt. und bei Sonntagsarbeit von 100 pCt. bei wöchentlicher Lohnzahlung.

Der Rattmüllerer-Streik in Piesing bei Wien endete mit einem Siege der Arbeiter.

Der Kürschnerstreik bei der Wiener Firma Lustig u. Knöpfmacher dauert fort.

### Versammlungen.

Öffentliche Versammlung der Möbelpolierer für Niddorf am Sonntag, den 14. d. M., in Babenschneider's Restaurant, Hermannstr. 197. Zunächst referierte der Delegierte vom Niddorfer Gewerkschaftsverband über die Thätigkeit desselben. Zum Delegierten resp. Stellvertreter wurden gewählt Kollege O. Schmidt und Kollege Schulte. Unter Verschiedenem wurden die Kollegen ersucht, soweit es noch nicht geschehen, sich dem Verein „Vorwärts“ anzuschließen.

Der Verband der Möbelpolierer hielt am 15. Juni eine Versammlung ab. Zur Berlesung gelangte ein Brief des Herrn Just, in dem der Einsender beklagte, daß bei ihm ein Streik ausgebrochen wäre; dagegen konnte aus dem Schreiben entnommen werden, daß Lohnabzüge stattgefunden haben. Hierauf sprach Genosse Willarg in einem beiläufig aufgenommenen Vortrag über: „Die sozialen Verhältnisse im Baugewerbe“, dem eine längere Diskussion folgte. Sodann bewilligte der Verein für die Hutmacher 100 M. und für die Privatpost-Angestellten 25 M. Am 9. August veranstaltet der Verein eine Dampferpartie nach Berlinsee.

Verichtigung. In unserm Bericht über die am Sonntag im Frempalast stattgehabte Volksversammlung ist ein Irrthum unterlaufen. Der Antrag von Genossen des 4. Wahlkreises verlangt nicht Abschaffung der Frauen- und Kinderarbeit, sondern, unserm Parteiprincip entsprechend, nur Abschaffung der Kinderarbeit.

### Dermisantes.

Malaria? Der „Hamburgische Korrespondent“ meldet vom Donnerstag: Die schwedische Bark „Zhrine“, von Kamerun kommend, wurde heute in Rughaven eingeschleppt und in Quarantäne gelegt, weil an Bord derselben eine Krankheit herrscht, an welcher der Kapitän, der Steuermann, der Schiffszimmermann und ein Matrose verstorben sind. Die Art der Krankheit ist noch unbekannt, wahrscheinlich handelt es sich um Malaria. Alle erforderlichen Vorsichtsmaßregeln sind getroffen. Heute Abend kommt das Schiff unter Bewachung zur hafenärztlichen Untersuchung nach Hamburg.

Ein Kaiser-Wilhelm-Denkmal ist dieser Tage auf dem Kopfhäuser entkült worden. Nach den Abbildungen zu urtheilen, haben die Mäusen bei dem Entwurfe nicht gewartet gestanden. Derselbe repräsentirt ein würdiges Seitenstück zur hiesigen Siegessäule auf dem Königsplatz.

Frömmigkeit mit Tanzmusik. Das ultramontane „Bayr. Vaterland“ schreibt: Der katholische Männerverein Steubing, aller Katholiken erster Klasse, stattete, Mäntlein, Verblein und Kinder, am 13. per Bahn Unterer Vieben Frau von Vogen einen Besuch ab — „Walsahrt-Kussflug“ heißt es im betreffenden Aufschreiben —, nach demselben „Unterhaltung nach Belieben“. Was das für eine Unterhaltung war, sagt ein weiteres Aufschreiben, nämlich „große Tanzmusik in der neuhergerichteten Kellerhalle in der Starzerbrauerei“. Eine Tanzmusik mit Frömmigkeit und Walsahrtsvergnügen ist das Neueste auf dem Gebiet „echt katholischer“

Erfindungen! — Unseres Erachtens hätte das „Vaterland“ am wenigsten Ursache, darüber zu nörgeln, daß ein Theil der Katholiken bei allem Christenthum noch nicht verlernt haben, fidel zu sein.

Ueber den Untergang des Dampfers „Drummond Castle“ (siehe unter Depeschen in geistiger Nummer) wird aus Vrest gemeldet: Der Dampfer ist infolge Auslaufens auf einen Felsen auf der Höhe der Molenen-Inseln gesunken. Von den 250 Personen, welche sich an Bord befanden, sind nur drei gerettet. Ein Bergungsdampfer ist Mittwoch Abend nach der Unglücksstelle abgegangen. — Die Molenen-Inseln liegen etwas südlich von der der Nordwestspitze Frankreichs vorgelagerten Insel Quessant; der Dampfer wollte, wie es scheint, die Passage de Fromveur zwischen Quessant und Molene benötigen, um in den Kanal einzulaufen.

Die drei Ueberlebenden aus dem Schiffbruch sind 3 Matrosen; dieselben sind in elendem Zustande an der Küste angekommen. Bis jetzt sind 15 Leichen geborgen worden, drei wurden von den Wellen an die Küste der Insel Molene geschleudert. Zwei Männer und eine Frau wurden mit Seilen zusammengebunden aufgefunden. Ein Passagier und seine Frau hatten sich auf Schiffstrümmern gerettet, wurden jedoch nur wenige Meter vom festen Lande von den Wellen verschlungen.

Bei einem Brande in der Brüsseler Vorstadt Jzelles, der durch eine Explosion verursacht wurde, kamen zwei Personen in den Flammen um, fünf wurden schwer verletzt.

Aus Gent wird gemeldet: Mittwoch Abend entstand in dem Augenblick, als der Dampfer „Anders“ nach London abgehen sollte, auf demselben eine Feuerbrunst. Die ganze Ladung mußte unter Wasser gesetzt werden, um das Schiff zu retten.

Wie aus Paris gemeldet wird, wurden die beiden Mörder der Baroin Valley in La Gueniv verhaftet und legten ein umfassendes Geständnis ab.

In Budapest verunglückte kürzlich in der Nacht infolge eines Betriebsunfalles auf der Oester Seilbahn sechs Personen, darunter fünf von der Soiree bei dem Ministerpräsidenten Baron Banffy heimkehrende Journalisten, nämlich der Schwede Schiffstedt, zwei französische Journalisten, der Italiener Valera und der Wiener Korrespondent eines Londoner Blattes. Sie erlitten sämtlich nur unbedeutende Verletzungen. Bei dem Unfall wurde ein Wagen gänzlich zertrümmert; wunderbar ist es, daß anscheinend niemand von den Betroffenen ernstlich verletzt wurde. Der Wiener Korrespondent Horowitz blieb einige Zeit bewußtlos auf dem Plage liegen. Man hat die Angestellten, welche während des Unfalles im Betrieb thätig waren, verhaftet. Welche Schuld sie trifft, wird nicht gemeldet.

Wie in Rußland geschmuggelt wird. Auf einer der nach der Grenze führenden Eisenbahnen waren von einem Zollbeamten unter den Sitzplätzen der Personenwagen Geheimfächer entdeckt worden, die ersichtlich für den Schmuggel ausländischer Waaren bestimmt waren. Die Prüfung ergab, daß die Einrichtung dieser Geheimfächer viel Zeit beansprucht haben mußte. Wer die Einrichtung angeordnet, wer sie ausgeführt und, mehr noch, wer sie vielleicht seit Jahren ausgenutzt hat, blieb, wie immer in solchen Fällen, unbekannt.

### Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet am Montag, Dienstag, Freitag und Sonnabend, abends von 6—7 Uhr statt.

Metallarbeiter. Berichten Sie die Angelegenheit in der nächsten Versammlung. Die Sache ist doch zu unbedeutend.

W. W. 25. Wenden Sie sich an eine der hiesigen Fortbildungsschulen für Mädchen und Frauen. Eine solche befindet sich Friedenstr. 20.

**Theater.**  
Freitag, den 19. Juni.  
**Opernhaus.** Fra Brancisco. Hänsel und Gretel.  
**Neues Opern-Theater.** (Kroll.) Carmen.  
**Schauspielhaus.** Nathan der Weise.  
**Deutsches Theater.** Der Meister von Palmyra.  
**Festung-Theater.** Waldmeister.  
**Berliner Theater.** Krieg im Frieden.  
**Neues Theater.** Tata-Toto.  
**Residenz-Theater.** Der Stellvertreter.  
Vorher: Erlauben Sie Madame!  
**Theater Unter den Linden.** Das Sonntagslind.  
**Schiller-Theater.** Vergnügte Flitterwochen.  
**Adolph Ernst-Theater.** Charley's Tante. Vorher: Die Bajazzi.  
**Gelle-Alliance-Theater.** Der Fall Clémenceau.  
**National-Theater.** Des Meeres und der Liebe Wellen.  
**Friedrich-Wilhelmstadt.** Konzertpark. Spezialitäten-Vorstellung.  
**Apollo-Theater.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**Baummann's Varietés.** Spezialitäten-Vorstellung.

**Theater Alt-Berlin.**  
Abends 7 1/2 Uhr:  
**Gotskowsky.** Unsere Viktoria  
**Märkisches Ringelstechen.**  
Sonnabend zum ersten Male:  
**Fiddler und Sohn.**  
Poffe in 3 Akten  
von Julius Keller und Louis Hermann.  
**Alt-Berlin.**  
Bei günstiger Witterung nachmittags 4 Uhr und 6 Uhr:  
**Aufzug zum Ringelstechen.**  
Zwei Musikkorps.  
Süddeutsches Doppel-Quartett  
„Almanca“ in schwarzwälder Volks-tracht. Hofsänger St. König. Dohleit des Großherzogs von Baden.  
Eintritt: 25 Pfg.  
Donnerstag — bis 8 Uhr — 50 Pf.  
Später 25 Pf.  
Passpartouts à 4 Mk.

**Schiller-Theater.**  
(Wallner-Theater.)  
Freitag, abends 8 Uhr: Vergnügte Flitterwochen.  
Sonnabend, abends 8 Uhr: Vergnügte Flitterwochen.  
**KAIRO** von 7 Uhr abends ohne Gewerbeausstellungs-Billet zugänglich.  
**KAIRO** von 10 Uhr vorm. geöffnet.  
I. Eingang: Ausst.-Bahnh., II. Eing.: Köpnick, Landstr.  
**KAIRO** Waffensamm. d. Chediwo; Samml. d. Egypt. Behörden, Schwert des Mehomet-All.  
**KAIRO** Salon bedeutender Orientaler.  
**KAIRO** Riesen-Arena mit Monstre-Aufführungen v. 500 Pers. m. Pferd., Dromedaren etc.  
**KAIRO** Leibkapelle d. Chediwo 60 Mann in Uniform, 3 Hauskapellen,  
**KAIRO** Arena: Beduinenkämpfe und Reiter-Fantasias um 5 und 8 1/2 Uhr nachm.  
**KAIRO** Cheops-Pyramide mit Königsgräbern.  
**KAIRO** Entree 50 Pf. Elitetag (Dienstag) 1 Mk.  
**KAIRO** Dauerkarten: Erwachsene 15 Mark, Kinder 8 Mark, im Bureau Kairo und bei C. Stangen, Mohrenstrasse 10.

**W. Noack's Sommer-Theater.**  
Brunnenstr. 16.  
Täglich:  
**Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.**  
Jeden Sonntag, Montag, Dienstag und Donnerstag:  
Im **Gr. Ball.**  
Das Königreich der Weiber.  
Operette in 5 Bildern von Willibrod. Julius Ernst, Liebersänger. Franziska Wunsch, Kostüm-Soubrette. Willi Reuschel, Gesangs-Humorist. Janka Rosl, Opernsängerin. Geschw. Romany, Gesangs-Duettsisten.

**Adolph Ernst-Theater.**  
Anfang 8 Uhr.  
**Charley's Tante.**  
Schwank in 3 Akten von Brandon Thomas. Repertoireakt des Globe-Theaters in London.  
Vorher (Anfang 7 1/2 Uhr):  
**Die Bajazzi.**  
Parodistische Poffe mit Gesang in 1 Akt von Ed. Jacobson und Benno Jacobson. Musik von F. Roth. Morgen: Dieselbe Vorstellung.  
**National-Theater.**  
Große Frankfurterstraße 132.  
Direktion: Max Samst.  
Volksvorstellung zu bedeutend ermäßigten Preisen.  
Gastspiel des Herrn Robert Hartberg vom Stadttheater zu Düsseldorf.  
**Des Meeres und der Liebe Wellen** oder:  
**Hero und Leander.**  
Trauerspiel in 5 Akten von F. Grillparzer. Regie: Erich Schäfer.  
Morgen: Muttersegen oder: Die neue Fanchon.  
National-Theatergarten.  
Heute: Großes Konzert. Spezialitäten ersten Ranges. Theaterstücke.  
Sonnabend: Großer Ringkampf.

**Viktoria-Brauerei**  
Lützowstrasse III/112 (nahe Potsdamer-Platz).  
Gente sowie täglich (außer Sonnabends):  
**Stettiner Sänger**  
(Keyzel, Pietro, Britton, Stofel, Krone, Röhl und Schrader).  
Anfang präz. 8 Uhr. Entree 50 Pf.  
Im Vorverkauf sind Billets à 40 Pf. und Familienbillets à 1 M. (für 3 Personen altig) zu haben. Siehe Plakate!  
Bei schönem Wetter im herrlichen Konzertgarten, bei schlechtem Wetter im großen Konzertsaal.

**Urania.**  
Tanzenstr. 48/49. Taubenstr. 48/49.  
Naturkundliche Ausstellung täglich geöffnet v. 10 Uhr vormitt. ab. Eintritt 50 Pf.  
**Wissenschaftl. Theater**  
abends 8 Uhr.  
Invalidenstr. 57/62, Lehrt. Stadtbahn. Sternwarte täglich geöffnet v. 7 Uhr abends ab. Eintritt 50 Pf.  
**Castan's Panopticum.**  
165 Friedrichstrasse 165.  
**Das Bärenweib**  
phänomenales Naturspiel aus den Felsenbergen New-Mexico's! Illusionen — Kasperl-Theater — Damen-Kapelle — Irrgarten.  
**Passage-Panopticum.**  
**42 wilde Weiber**  
aus **Dahomey.**  
**Apollo-Theater**  
und Konzert-Garten  
Friedrichstraße 218. Dir. J. Glück.  
**Die Spree-Amazone**  
Poffe mit Gesang und Tanz in 1 Akt v. H. Sannfeld. Musik v. Paul Simke. Anton Emil Pummel Henry Bender. Wanda Kiesel. . . . . Elfe Linda. Carl Schwemmler. . . . . Fedor Markow. Tili. . . . . Clara Antonie. Clemens Stempel. . . . . Robert Steidl. Guido Sturm. . . . . Hedw. Böding. Hellmuth Wirbikini. Josef Armin.  
Zum Schluss:  
Ferner Auftreten von  
**20 Funckräften 1. Ranges.**  
Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr. Konzert 7 Uhr. — Anf. der Vorstellung 8 Uhr.

**Große Ausstellungs-Apotheke.**  
Ferner Auftreten von  
**20 Funckräften 1. Ranges.**  
Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr. Konzert 7 Uhr. — Anf. der Vorstellung 8 Uhr.

**Reichshallen** Im prachtvollen Garten, Leipzigerstraße, am Dönhofsplatz.  
Täglich:  
**Norddeutsche Sänger**  
Sang neu!  
**La puce (Der Floh).**  
**Alle fünf Barrisons**  
Anfang 8 Uhr.  
Entree 30 Pf., refero. 50 Pf. Vorgangsbillets haben Giltigkeit.  
**Avis!** Sonnabend, den 20. Juni: Zum 50. Male  
**Alle fünf Barrisons.**  
Sommerfest.  
Nach der Soiree: Tanzkränzen.

**Julius Wernau's Festsäle und Garten**  
Schwedterstraße 23/24.  
Jeden Montag u. Mittwoch  
Große  
**Spezialitäten-Vorstellung**  
bei freiem Entree.  
Vereinszimmer u. Regelbahn zu vergeb.  
**Feldschlößchen**  
142 Müllerstraße 142.  
Telephon: Amt Moabit 1213.  
Täglich:  
**Konzert, Theater.**  
**Spezialitäten-Vorstellung.**  
Robert u. Bertram. Poffe in 3 Akten.  
Sonntag: Großer Ball.  
Mittwoch: Sanytränzen.  
Theodor Boltz, Orchester.

Vereinszimmer, 20—60 Personen, auch Sonntags noch frei. 2214b\*  
Gold, Gr. Frankfurterstr. 138.  
Vereinszimmer mit Piano noch einige Tage in der Woche frei, vorangewiesene Montag u. Mittwoch, bei Meissner, Rest. Chausseestr. 72. 2247b  
**Schmiedel's Festsäle.**  
Alle Jakobstr. 82, neben Zentraltheater.  
Ich empfehle meine eleganten Festsäle zur Abhaltung jeder Festlichkeiten, Sommerfeste, Versammlungen etc.  
52982\* **Ww. G. Schmiedel.**

**Ostbahn - Park**  
 Rüdersdorferstr. 71. Am Küstriner Park.  
**Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.**  
 Garten-Konzert von der 24 Mann starken Hauskapelle  
 unter Leitung des Musikdirektors Herrn P. Nimschock.  
 Kaffeeküche 3-5 Uhr. — Entree 15 Pf., wofür ein Glas Bier gratis.  
 Volksbelustigungen jeder Art. 4 Regalbahnen zur Verfügung.  
 Gute Biere, ausgezeichnete Küche zu soliden Preisen.  
 Sonntags Entree 20 Pf., Kinder 10 Pf. **H. Jmbs.**

Größtes Schauspiel der Welt.  
 Sensationeller Erfolg der Saison.  
 Vorstellung an täglich  
**Bolossy**  
 Kiralfy's „Orient“  
 im  
**Olympia**  
 Riesentheater.  
 Alexanderstr., Ecke Magazinstr.  
 Nachmittags 5-7 Uhr,  
 Abends 9-11 Uhr.  
 Ueberruht alles bisher Dagewesene.  
 Von Publikum u. Presse einstimmig anerkannt.  
 Olympia-Theater zu London ohne Unterbrechung gegeben.  
 500 Mal im Mai im Olympia-Theater zu London ohne Unterbrechung gegeben.  
 Ca. 1000 Mitwirkende.

**Schweizer Garten**  
 Am Königsthor. Am Friedrichshain.  
**Täglich:**  
**Konzert. Theatervorstellung.**  
 Spezialitäten-Revue. — Volksbelustigungen.  
 Im großen Saale während und nach der Vorstellung **Ball. Freier Damentanz.**  
 Billets à 25 Pf. Entree 30 Pf.  
 Sind vorher in den Handlungen zu haben.

Der „Arbeiter-Bildungs-Verein zu Schöneberg“ hält am 21. Juni in **Wilmsdorf** (H. Klingenberg's Volksgarten), Berlinerstrasse No. 40, sein **VI. Stiftungsfest**, bestehend aus:  
**Garten-Konzert**, ausgeführt von einer 21 Mann starken Kapelle (Musikdirigent **G. Grass. Gesang** (Kreuzberger Harmonie“, Dirigent: Dillenberger).  
**Tanz (frei), Lebendes Bild, Riegen-Turnen etc. etc.** ab. Entree 25 Pfg., Kinder frei.  
 Billets vorher und an der Kasse. Zahlreichen Besuch erwartet.  
 15/14 **Das Comité.**

**Achtung! Zimmerer. Achtung!**  
 Sonntag, den 21. Juni, vormittags 10 1/2 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstraße Nr. 20:  
**General-Versammlung des Verbandes deutscher Zimmerleute**  
 (Zahlstelle Berlin).  
 Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes. 2. Neuwahl des gesamten Vorstandes. 3. Bericht des Kameraden Stehr betr. Vereinigung beider Organisationen. 4. Verschiedenes.  
 Kameraden! In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist es notwendig, daß Ihr Mann für Mann in der Versammlung erscheint. Ferner werden die Mitglieder ersucht, sämtliche aus der Bibliothek entnommenen Bücher mitzubringen.  
 255/2 **Der Vorstand.**

**Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter**  
 Filiale Berlin 3.  
 Sonnabend, 20. Juni, abends 8 1/2 Uhr, bei Siwald, Mantuffelstr. 46:  
**Mitglieder-Versammlung.**  
 Tages-Ordnung: 1. Kasseebericht. 2. Bericht der Delegierten von der Generalversammlung. 3. Jahresbericht. 4. Wahl der Ortsverwaltung und des Vertrauensarztes. 5. Verschiedenes.  
 Die Versammlung wird pünktlich eröffnet und ist es Pflicht aller Mitglieder, in derselben zu erscheinen. Die Zahlstellen in der Eisenbahnstr. 35 bei Semisch und Falkensteinstr. 5 bei Gonsel bleiben an diesem Abend geschlossen und werden nur Beiträge im Versammlungslokal angenommen.  
 Die Ortsverwaltung.

**Achtung! Versammlung Achtung!**  
 der **Appreteure, Dekateure, Färber**  
 und Berufsgenossen  
 am Sonntag, den 21. Juni, vormittags 10 1/2 Uhr, bei Wilke, Andreasstraße 26.  
 Referent: Genosse Jahn. Zu dieser Versammlung werden besonders die Frauen eingeladen.  
 2245b **Der Einberufer.**

**Verein der Berliner Buchdrucker und Schriftgiesser.**  
 Das vom Zentralvorstande an die Mitglieder des Verbandes gerichtete zweite Flugblatt wird heute, Freitag, ausgegeben. Die Vertrauensleute werden ersucht, die für die Mitglieder des Berliner Vereins bestimmten Flugblätter auf der Verwaltung, **Neue Grünstraße 14**, von vormittags 10 Uhr an, abzuholen.  
**Der Vorstand.**

**Große öffentliche Versammlung der Schneider und Näherinnen**  
 aller Branchen der Schneiderei und Konfektions-Industrie  
 am Montag, den 22. Juni, abends 8 1/2 Uhr, in T. Keller's Festsälen, Koppenstraße 29.  
 Tagesordnung: Die Arbeiterkämpfe in der Gegenwart und ihre Bedeutung für die Emanzipation der hausindustriellen Arbeiter.  
 Referent: Reichstags-Abgeordneter **August Bebel.**  
 Wir fordern alle Beteiligten auf, in dieser wichtigen Versammlung zu erscheinen.  
 165/5 **Die Fünfer-Kommission. J. A.: J. Timm, Vertrauensmann.**

**Achtung! Zimmerer. Achtung!**  
**Verein der Zimmerer Berlins und Umgegend.**  
 Sonntag, den 21. Juni, vorm. 10 Uhr, in Cohn's Festsälen, Genthstr. 21/22:  
**Unserordentliche General-Versammlung.**  
 Tagesordnung: 1. Ist es möglich, in Berlin für die Zimmerer eine einheitliche Organisation zu gründen? 2. Vereinsangelegenheiten.  
 Kameraden, vorstehende Tagesordnung ist für jedes Mitglied so wichtig, daß keiner in dieser Versammlung fehlen darf. Um weitere Agitation und pünktliches Erscheinen bittet  
**Der Vorstand. J. A.: E. Obst.**

**Orts-Krankenkasse der Stellmacher.**  
 Sonntag, den 28. Juni, vorm. 10 Uhr, im Lokale des Herrn Grude l, Brunnenstr. 188:  
**Ausserord. Generalversammlung.**  
 Tagesordnung:  
 1. Beschlussfassung über den Antrag der Gewerbedeputation: Erniedrigung des Gehalts des Rendanten.  
 2. Abänderung des Statuts.  
 Am zahlreiches Erscheinen wird dringend ersucht.  
 2244b **Der Vorstand. H. Renner, Vorsitzender.**

Berliner Spar- und Bauverein, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.  
 Bilanz am 31. Dezember 1895.

| Aktiva.                    |  | M.      | Pf. |
|----------------------------|--|---------|-----|
| 1. Grund-u. Bodenkonto 1   |  | 57 787  | 50  |
| 2. Bankkonto 1             |  | 168 422 | 80  |
| 3. Grund-u. Bodenkonto 2   |  | 56 292  | 50  |
| 4. Bankkonto 2             |  | 164 788 | 18  |
| 5. Grund-u. Bodenkonto 3   |  | 32 835  | —   |
| 6. Bankkonto 3             |  | 1 253   | 78  |
| 7. Inventarkonto           |  | 641     | 20  |
| 8. Bank-Guthaben           |  | 6 518   | 14  |
| 9. Kassenbestand           |  | 1 851   | 31  |
|                            |  | 488 342 | 56  |
| Passiva.                   |  | M.      | Pf. |
| 1. Geschäftsguthabekonto   |  | 47 663  | 15  |
| Zugang im Jahre 1895       |  | 9 996   | 45  |
|                            |  | 57 659  | 60  |
| Rückzahlungen i. J. 1895   |  | 4 470   | 75  |
|                            |  | 53 189  | 85  |
| 2. Spareinlagen-Konto      |  | 17 695  | 15  |
| 3. Reservefonds-Konto      |  | 996     | 18  |
| 4. Hypotheken-Konto 1      |  | 200 000 | —   |
| 5. Hypotheken-Konto 2      |  | 190 000 | —   |
| 6. Verkaufsgeld Grundst. 3 |  | 25 000  | —   |
| 7. Reingewinn              |  | 1 462   | 23  |
|                            |  | 488 342 | 56  |

**Gewinnverteilung.**  
 3 pSt. Div. a. Geschäftsguthaben M. Pf.  
 am 31. Dezember 1894 1293 77  
 Dem Ref.-Fonds gutzuschreib. 166 46  
 1460 23

**Mitgliederzahl.**  
 Am 1. Januar 1895 1097  
 Eingetreten im Laufe d. J. 1895 118  
 1215  
 Am 31. Dezbr. 1895 schieden aus infolge Ausschlusses, Tod, Verzug und Aufkündigung 310  
 Best. an Mitgliedern a. 1. Jan. 1896 907  
 Die Passivsumme sämtl. Mitglieder betrug am Schluß des Geschäftsjahres 1894 M. 337 200  
 Diefelbe hat sich vermind. um 58 200  
 Gesamthafsumme am Schluß des Geschäftsjahres 1895 M. 279 000  
**Der Vorstand.**  
 E. Schmidt, Ernst Roscher, Veit. Freese.

**Verband aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter Berlins und Umgegend.**  
**Todes-Anzeige.**  
 Am 16. Juni verstarb an der Nierenwasserlucht unser Mitglied, der Dreher **Carl Heise.**  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung findet am Freitag, den 19. Juni, nachm. 5 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Neuen Nazareth-Kirchhofes, Daldorfer Chaussee, aus statt. Um rege Beteiligung ersucht.  
 293/10 **Der Vorstand.**

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**  
 (Zahlstelle Berlin.)  
 Montag, den 22. Juni 1896, abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Rautenhaus, Granienstraße 180:  
**Versammlung für den Bezirk Südosten.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Fortsetzung des Vortrages über das Vereinsgesetz. Referent: Genosse **Ewald.** 2. Diskussion. 3. Ergänzung der Werkstatt-Kontrollkommission. 4. Verbandsangelegenheiten.

Montag, den 22. Juni 1896, abends 8 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstraße 27 c:  
**Vertrauensmänner-Versammlung der Drechsler.**  
 Tagesordnung: Welche Forderungen gedenken wir zu stellen? Zur Beachtung! Es ist unbedingt notwendig, daß jede Werkstatt vertreten ist. Mitgliedsbuch und Vertrauensmännerkarte legitimiert, eventuell kann beides in der Versammlung ausgestellt werden.  
 291/18 **Die Ortsverwaltung.**

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.**  
 Verwaltungsstelle Berlin.  
 Sonntag, den 21. Juni, vormittags 10 Uhr, bei Schmidtke, Stromstr. 28:  
**Bezirks-Versammlung für Moabit.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag des Kollegen Friedr. Schlegel über: Lohnarbeit und Kapital. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten.  
 Ausgabe der Urania-Billets zum 19. Juli. 299/3  
 Zahlreiches Erscheinen erwünscht. **Die Ortsverwaltung.**

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
 (Verwaltung Schöneberg.)  
 Sonnabend, den 20. Juni, abds. 8 Uhr, bei Cbft, Grenewalstr. 110:  
**Mitglieder-Versammlung.**  
 Tages-Ordnung:  
 Die gegenwärtige Lage der Metallarbeiter. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten. 4. Verschiedenes.  
 298/2

**Große öffentliche Versammlung der Leder-Galanterie-Arbeiter u. Arbeiterinnen**  
 am Dienstag, den 23. Juni 1896, abends 8 1/2 Uhr, bei Herrn Henke, Naunynstr. 27.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag des Herrn Timm über: Die Schäden der Hausindustrie und wie beseitigen wir dieselben? 2. Bericht der Lohnkommission über den allgemeinen Stand der Lohnbewegung. 3. Verschiedenes.  
 22425

**Achtung! Staaker! Achtung!**  
**Oeffentliche Versammlung der Staaker Berlins und Umgegend**  
 am Sonntag, den 21. Juni 1896, vormittags 10 Uhr, bei Herrn Schneider, Belforterstraße 15.  
 T.-O.: 1. Vortrag des Genossen Otto Sillier. 2. Wahl eines Delegierten. 3. Diskussion.  
 Der Einberufer: J. Vorchardt, Rheinsbergerstr. 29.  
 Zur Deckung der Unkosten findet Lektorenversammlung statt.

**Mariendorf.**  
 Sonntag, 21. Juni, nachm. 3 1/2 Uhr, b. Teutschbein-Mariensfelde:  
**Versammlung des Arbeiter-Bildungsvereins.**  
 T.-O.: Vortrag des Stadtv. Gen. Brubns. Diskussion. Fragekasten. — Gäste stets willkommen. [12/6] **Der Vorstand.**



## Abgeordnetenhaus.

89. Sitzung vom 18. Juni. 11 Uhr.

Am Ministertische: Schönstedt, Frhr. v. Hammerstein und zahlreiche Kommissarien.

Die Vorlage, betreffend die Aufhebung der rheinischen Hypotheken-Aemter, wird in 8. Lesung angenommen, nachdem eine gestern beschlossene Aenderung, die Mindestpensioen der Hypothekenbewahrer auf 4000 Mark festzusetzen, gestrichen worden war. Die Vorlage wird sofort in der Schlussabstimmung angenommen.

Es folgt die Beratung der Mittheilung des Landwirtschafts-Ministers über die Verpachtung des Bernsteinmonopols und den Strafprozess wider den Bernsteinfabrikanten Westphal in Stolp i. P. Abg. Irmer (l.): Der Thatbestand des Prozesses sieht sehr, wenn auch noch die Revisionsinstanz beschritten ist. Der Regierung kann keinesfalls Verhalten nicht vorgehalten werden; aber Aufsehen erregt haben die Aeußerungen des Kommerzienraths Beder über das preussische Beamtenthum; es steht fest, daß er gefagt hat, es befehen in unserem Beamtenthum russische Zustände. Nun sind ja die Russen unsere Verbündeten (Heiterkeit), namentlich seit den Handelsverträgen. Aber wir haben ein Recht, zu verlangen, daß man uns mittheile, ob es wahr ist, daß königliche Titel durch Geldopfer erlangt werden können. (Sehr richtig!) Öffentlich wird mit dem thatsächlich bestehenden Monopol der Firma Stantien u. Beder nunmehr ein Ende gemacht. (Beifall.)

Abg. Dr. Krause-Königsberg (natl.): Schon vor Jahren habe ich von den schädlichen Wirkungen des Monopols gesprochen; namentlich war das Verbot der Bernstein-Imitationen schädlich, während die Firma Stantien u. Beder selbst eine große Imitationsanstalt anlegte und also auch diesen Gewerbebetrieb monopolisirte. Damals wurde stets auf den „Gentlemen“ Beder hingewiesen und namentlich erklärte der damalige Regierungskommissar, er stelle anheim, ob man dem amtlichen Thatbestand Material der Regierung oder den Angaben aus interessirten Kreisen glauben wolle. Jetzt steht fest, daß dieser Regierungskommissar objektiv unwahre Mittheilungen gemacht hat. Durch das ergangene Urtheil steht fest, daß die Firma Stantien u. Beder durch das Monopol sich rückwärts bewegt hat und das Kleingewerbe ruinierte. (Sehr richtig!) Alle Versuche anderer Unternehmer, einen Theil der Regalverpachtung zu erlangen, waren erfolglos; es ist keineswegs Herr Westphal allein als Konkurrent der Firma Stantien u. Beder aufgetreten; aber alle Konkurrenz-Angebote wurden durch Herrn Beder beseitigt, kein Konkurrent erhielt den Zuschlag von der Behörde. Das Verhalten der Behörde ist in keinem Falle zu rechtfertigen; sie hat sich über den Inhaber Stantien u. Beder in einem unglaublichen Irthum befunden (Sehr richtig) und diesen Mann in auffälliger Weise bevorzugt, während es richtiger gewesen wäre, diesen Zweig der vaterländischen Industrie in anderer Weise zu fördern. Der gegenwärtige Minister ist durch Maßnahmen seiner Amtsvorgänger nicht gebunden, möge er Anordnungen treffen, um den vorhandenen Uebelständen zu steuern. (Beifall.)

Minister Frhr. v. Hammerstein: Die vorliegenden Mittheilungen der Regierung lassen doch erkennen, daß wir volle Offenlichkeit wünschen. Die Firma Stantien u. Beder hat den bis 1901 geschlossenen Vertrag zum Ablauf d. J. gekündigt, was doch wohl darauf schließen läßt, daß die Vortheile der Firma aus dem Monopol doch nicht so sehr bedeutend sein können. Auch die finanzielle Seite der Frage kam in Betracht, die Pacht betrug 700 000 M. Ohne eine rationelle Bernstein-gewinnung würde das Kleingewerbe noch mehr leiden, denn die Bernsteinfische blieben dann im Boden liegen, da der Fiskus ein Expropriationsrecht an den Grundstücken, auf denen noch Bernstein gegraben werden kann, nicht vertreten kann. Daß die Firma St. u. B. mit dem Herrn Westphal nicht in Verbindung treten wollte, kann man ihr nicht übel nehmen, denn er hatte sie aus schwerster Beleidigung und wollte den kleinen Bernstein zur Förderung der Imitation aufkaufen. Der Prozess schwebt noch und zugleich finden noch amtliche Ermittlungen statt; daß Herr Beder von russischer Beamtenwirtschaft gesprochen, ist richtig; ob es begründet ist, das soll geprüft werden; das ein Mann, der es schnell zum Reichthum gebracht hat, ein bißchen Progenthum zur Schau trägt, ist ja erklärlich. Es wird ja jedenfalls alles aufgegeben werden, um festzustellen, ob diese Behauptungen begründet sind und noch dem Ergebnisse dieser Untersuchungen soll, nach der einen oder anderen Seite hin, in der rigorossten Weise vorgegangen werden.

Abg. v. Niepczhausen-Cranz (l.) in von den Erklärungen des Ministers erregt, er laßt, daß das Ansehen der preussischen Beamten intact aus dieser Affäre hervorgehen werde. Das Verhalten des Herrn Beder ist in keinem Falle zu entschuldigen, namentlich nicht durch Hinweis auf sein Progenthum. Öffentlich heißt sich die Regierung mit der Klarstellung der Angelegenheit.

Regierungskommissar Geh. Rath Tetzlaff: Es ist nicht richtig, daß die Firma Stantien u. Beder selbst eine Imitationsanstalt betrieb, während dies anderen verboten war. Erst nachdem dies Verbot aufgehoben war, hat Stantien u. Beder ebenfalls eine solche Anstalt begründet. Herr Krause hat kein Recht, dem Regierungskommissar eine objektive Unwahrheit vorzuwerfen.

Abg. Nicker (fr. Bg.): Der Minister verlangt von uns Zurückhaltung; leider hat er solche nicht geliebt. Nebenher verliest einen Brief eines Fabrikanten, der Imitationen fertigt und an den Stantien u. Beder keinen Bernstein liefern, sie verpflichten sogar ihre Abnehmer bei hoher Konventionalstrafe, an die betreffende Firma keinen Bernstein zu liefern. Es wäre nöthig, die Kündigung der Firma Stantien u. Beder anzunehmen.

Minister Frhr. v. Hammerstein: Die gleiche Mittheilung wie dem Vorredner ist auch mir zugegangen; ich habe nähere Erhebungen angeordnet.

Abg. Graf Vinburg-Stirum (l.): Wegen der weiteren Verfolgung der Beamteneinweisung bin ich mit dem Minister einverstanden. Die wirtschaftliche Seite kann nur von der Budgetkommission geprüft werden; die Ausführungen des Erkenntnisses sind dafür nicht maßgebend.

Abg. Dr. Krause (natl.) wendet sich gegen den Regierungskommissar. Es scheint fast, als ob heute noch bei der Regierung ein ungerechtfertigtes Wohlwollen für Stantien u. Beder bestehe. Die Imitationen hat die Firma in Wien bestanden lassen zu einer Zeit, als sie bei uns noch verboten waren.

Regierungskommissar Tetzlaff gibt letzteres als richtig zu. Am besten würde es sein, die Angelegenheit in einer Kommission zu erörtern, wo die einzelnen Punkte leicht aufgelklärt werden könnten.

Damit schließt die Besprechung. Das Haus erledigt sodann Petitionen. Die Petition von Helene Lange und Marie Wellen in Berlin um Zulassung der Frauen zum Apothekenberuf wird der Regierung zur Verwägung überwiesen, nachdem

Abg. Nicker (fr. Bg.) erklärt hat, daß er diese Forderung für berechtigt halte, er aber von einem Antrage auf Ueberweisung der Petition zur Berücksichtigung absehen wolle, weil er annehmen könne, daß der Kultusminister dieser Frage günstig gegenüberstehe.

Eine Petition der Kanzlei-Assistenten um Gehaltsaufbesserung wird der Regierung zur Berücksichtigung, soweit sie etatsmäßige Anstellung verlangt, auf Antrag Krause-Waldenburg zur Verwägung überwiesen. Morgen 11 Uhr: Petitionen. Schluß 4 Uhr.

## Geriichts-Beitung.

Eine Erinnerung an die Zeit des Bierboycotts wird durch ein Erkenntnis des Reichsgerichts wachgerufen, welches die „Jur. Wochenschr.“ veröffentlicht. In der Vorversammlung vom 5. Juni 1894 hatten die Saalbesitzer Berlin und Umgegend einen Beschluß gefaßt, in welchem sie sich solidarisch mit den Maßnahmen des Vereins der Brauereien Berlin und Umgegend erklärten und sich bei einer Konventionalsstrafe von 500 M. in jedem einzelnen Falle verpflichteten, ihre Säle zu keiner sozialistischen und anarchistischen Versammlung herzugeben, falls der Boykott gegen die Brauereien und Gastwirthe bis zum 15. Juni 1894 nicht aufgehoben ist, oder sich wiederholt. Zur Durchführung dieser Maßregel wurde eine Kommission, bestehend aus neun Herren, ernannt, welche behufs Organisation der Saalbesitzer weitere Schritte ergreifen sollten. Diesem Beschlusse war auch der Gastwirth Jameiat beigetreten, indem er folgende Erklärung unterschrieb: „Wir Unterzeichnete verpflichten uns, der Resolution beizutreten, genehmigen ferner, daß Herr Dr. Merker berechtigt ist, das Infasse für jeden Kontraventionsfall zur Einklagung vorzunehmen.“ Dr. Merker sah sich veranlaßt, auf Grund dieser Abmachungen gegen Jameiat in Höhe von 2000 M. klagbar vorzugehen, hat aber keinen Erfolg erzielt. Landgericht und Reichsgericht haben übereinstimmend folgendes ausgeführt: „Die Resolution“ vom 5. Juni 1894 begründet Rechte und Pflichten nur zwischen denjenigen Personen, welche dieselbe gefaßt haben; eine Erlaubte Privatgesellschaft ist durch die Resolution nicht geschaffen, ein Vorstand nicht gebildet worden. Ein Anspruch aus der Verletzung des Abkommens gegen den Kontraventionsfall kann daher nur von der Gesellschaft der übrigen Personen verfolgt werden. Dr. M. hat dann in zweiter Instanz behauptet, daß er im Auftrage jener namhaft gemachten Personen die Klage erhoben habe; Landgericht und Reichsgericht hielten aber dieses erst in zweiter Instanz erfolgte Hervortreten der eigentlichen Prozeßpartei für eine unzulässige Klageänderung.

Ein Beleidigungsprozess, der auf die Behandlung des „Sesindes“ in Ostpreußen einige große Schlaglichter wirft, wurde am 16. Juni vor dem Reichsgericht verhandelt. Die Revisionsinstanz beschästigte sich zum zweiten Male mit der Klage gegen den Ackerbürger Maximilian Szwolowski aus Stordaneß. Nachdem ein freisprechendes Urtheil aufgehoben worden war, hat das Landgericht Pissa i. P. den Angeklagten am 24. April wegen Beleidigung zur Beleidigung zu 5 Tagen Gefängnis verurtheilt. Es handelte sich dabei um folgenden Sachverhalt: Die Dienstmagd K. hatte sich, wie sie glaubte, mit vollem Rechte, aus ihrem Dienste entfernt. Der Distriktskommissar W. bewies jedoch die Rechtsmäßigkeit ihrer Danlungsweise und nahm sie dafür in eine Polizeistrafte. Außerdem machte er ihr wegen ihres „Vergehens“ sehr eindringliche Vorhaltungen. Die K., welche sich hierdurch schwer gekränkt fühlte, ließ sich, da sie des Deutschen nur unvollkommen, des Schreibens aber gänzlich kundig ist, durch den Angell. Eszdomski, der in dergleichen Dingen Uebung besitzt, eine Eingabe an den Landrath in Pissa anfertigen und sandte sie auch ab. Sie hat darin um Schutz gegen den Herrn Distriktskommissar, der sie zu einer ungerechten Polizeistrafte verurtheilt, Schwindler in genannt und am Arme geschüttelt habe. Weiter hieß es in dem Schreiben, der Beamte behandle die Leute nicht pfleglich und habe sie als Arme zu Gunsten eines Reichen gekauft, was dem Befehl keine Ehre bringe. — Das Reichsgericht hob sodann das Urtheil auf und verwies die Sache an das Landgericht Posen. Die Feststellung der Beleidigung aus Form und Umständen wurde für bedenklich stachtel. Wenn die K. sich für gequält hielt, so mußte sie das auch sagen dürfen.

Der berühmte Leistungsentzähler, Kronenwärter Ernst Dopye aus Berlin, Mauerstrasse 49, hatte sich in der letzten Sitzung des Niderer Schöffengerichts abermals wegen Betrugs, begangen durch Meldung falscher Zeitungsnachrichten über gräfliche Anlageställe etc., zu verantworten. Da der Angeklagte hartnäckig leugnet, das vorhandene Beweismaterial aber nicht zur Verurtheilung ausreicht, wurde die Sache vertagt, damit die Staatsanwaltschaft weitere Ermittlungen anstellen kann.

Der frühere Steuerheber Wilhelm Möllendorf aus Ansbach (Amtsbezirk Jhelendorf Kreis Zeitzow) stand am Dienstag vor der ersten Strafkammer des Landgerichts II unter der Anklage, amtliche Gelder, welche er von den Steuerzinsisten eingezogen hatte, unterschlagen zu haben. — Dem Gemeindevorsteher von Mühlendorf, Barnmann, erschien die Kassenführung des vom Herrn Landrath amtlich verpachteten Steuerhebers nicht ganz einwandfrei. Im Dorfe wurde anlässlich eines bei Möllendorf von seinen Dienstmädchen ausgeführten Diebstahls allerlei gesprochen. Am 29. August v. J. erschien Barnmann daher beim Angeklagten und ersuchte ihn, einen Hundertmarkschein zu wechseln, M. soll darob sehr verlegen geworden sein. Er erklärte, daß er dem Buntke nicht willfahren könne. Einige Tage später theilte er dem Gemeindevorsteher mit, daß das Dienstmädchen Fräulein den Kassenbestand der Steuerkasse gehohlet habe. Thatsächlich ist jenes Dienstmädchen deswegen vom Landgericht II zu 1 Jahr 6 Monate Gefängnis verurtheilt worden. Anfangs September v. J., als das Strafverfahren gegen die Fräulein im Gange war, stellte Möllendorf den Antrag auf Vornahme einer Kassenrevision. Die Revision unterblieb aber, weil Möllendorf sich nicht einstellte. Auf ein Schreiben des Gemeindevorstehers Barnmann veranlaßte der zuständige Amtsvorsteher von Müllendorf zu Jhelendorf eine vom Kreisaustrich bezw. vom Landrathamt angeordnete Kassenrevision bei Möllendorf. Es fehlten 488,48 M. von den amtlichen Geldern. Die Rechnungsbücher waren nicht in Ordnung. Der Amtsvorsteher Müllendorf sand s. B., daß Ausgabeposten zu hoch notirt waren, und dementsprechend ward auch das Defizit festgesetzt. Vor Gericht bestritt Möllendorf, die fehlbeträge für sich verwendet zu haben. Er behauptete vielmehr, daß die Diebin Fräulein auch diese Summe gestohlen habe. Die Fräulein war aus dem Gefängnis vorgeführt worden als Reugin. Sie beklundete zwar unter ihrem Eide, daß sie weder Papiergegeld noch Goldgeld bei Möllendorf gestohlen habe, sondern nur etwa 80 M., keinesfalls aber mehr als 100 M. Staatsanwalt Rhode hielt diese Angabe für völlig glaubwürdig und beantragte 6 Monate Gefängnis gegen Möllendorf. Der Gerichtshof erachtete aber den Sachverhalt nicht danach ansetzbar, um Möllendorf, der bisher das Vertrauen der Ortsgemeinschaft in seiner Heimath Ansbach ungeschwächt befehlen, zu verurtheilen. Demgemäß lautete das Urtheil auf Freisprechung.

Kraße Arbeiterwohnungs-Zustände auf dem Rittergute Prag kamen gelegentlich einer Verhandlung vor dem Niderer Schöffengericht zur Sprache. Eine Arbeiterin, welche früher auf dem genannten Rittergut beschäftigt war, hatte sich

unter der Anklage zu verantworten, einer Kollegin die gesammelten Ersparnisse im Betrage von 120 M. entwendet zu haben, wurde aber wegen nicht genügender Beweise freigesprochen. Im Laufe der Verhandlung wurde festgestellt, daß in einem einzigen Zimmer des Rittergutes vierundzwanzig Arbeiterinnen schliefen. Wird denn jetzt die zuständige Behörde eingreifen und Abhilfe schaffen?

Der Triumph des Groben Aufzug-Paragrafen. Aus Geringswalde wird berichtet: Der Drechslergehilfe Paul Beder hier selbst hatte nach Verbüßung einer Gefängnisstrafe von drei Monaten in Nr. 44 des „Geringswalder Wochenblattes“ ein Inserat erlassen, in welchem er sämmtlichen Kollegen und Freunden bekannt giebt, daß er wieder zurückgekehrt sei von seiner „Bade-reise“. Infolge dieses Inserates befand er sich am Freitag in der öffentlichen Schöffengerichtssitzung in Nachh auf der Klagebank und wurde zu drei Wochen Haft verurtheilt. — Wie dies Urtheil begründet wurde, ist uns nicht bekannt, aber darf man sich in diesem Punkte noch über irgend eine Justizthat wundern?

Stettin, 17. Juni. Vor der hiesigen Strafkammer begannen heute die Verhandlungen gegen 8 Beamte und 2 Kupfermeister des „Dulkan“ wegen der am 16. Februar 1894 erfolgten Explosion auf dem vom „Dulkan“ erbauten Panzerdampfer „Brandenburg“, wodurch der Tod von 44 Personen herbeigeführt wurde. Für die Verhandlungen sind 3 Tage angefeht.

## Verfassungen.

Behufs Stellungnahme zum internationalen Kongress hatte die Vertrauensperson Frau Ottilie Gerndt am Mittwoch eine Volksversammlung nach Zoell's Saal einberufen, die von etwa 50 Frauen und 15 Männern besucht war. Nachdem Frau Kohlraack und Frau Irber auf die Bedeutung des Kongresses für die Frauen und die Nothwendigkeit einer weiblichen Vertretung auf demselben hingewiesen hatten, wobei erstere die Wahl gemäß dem bekannten Vorschlage von Lina Vogel empfahl, sprach Frau Fabrenwald gegen eine solche Wahl, da Ottilie Baader am Sonntag bereits als Delegirte für Berlin gewählt sei, und eine weitere Wahl in Berlin daher überflüssig wäre. Sie könne Frau Gerndt nicht als Vertrauensperson für Berlin anerkennen, da sie seinerzeit nur mit 62 Stimmen gewählt worden sei und also kein Recht habe, eine Versammlung einzuberufen. Sollte hier eine Wahl vorgenommen werden, so fordere sie die Genossinnen, die die Wahl vom Sonntag anerkennen, auf, den Saal zu verlassen. Frau Irber werde es hoffentlich verschmähen, ein Mandat anzunehmen, das ihr von etwa 20 Stimmen in Berlin erteilt werde. Gewiß sei die Anwesenheit der Frau Zeitlin auf dem Kongress nothwendig; diese werde aber ohnehin in Württemberg gewählt und brauche die Berliner Stimmen nicht. Der weitere Verlauf der Debatte, in die mehrfach persönliche Zwistigkeiten hineinspielten, war ein sehr unruhiger, so daß es der Vorsitzenden Frau Wengels nur mit Mühe gelang, die parlamentarische Ordnung aufrecht zu erhalten und der drohenden Auflösung der Versammlung zu entgegen. Frau Wengels betont ihre Unparteilichkeit und daß sie bemüht sei, beiden sich hier gegenübersetzenden Richtungen gerecht zu werden. Die Wahl am Sonntag sei für Berlin erfolgt. Das hindere aber nicht, daß man den Stimmen, die Frau Irber und Zeitlin in ganz Deutschland erhalten, auch die Stimmen der Berliner Genossinnen hinzufüge. Fräulein Baader beurtet sich auf den Versammlungsbeschluss vom 3. Juni, welcher besagt, daß erst dann eine weibliche Delegation in einer Frauenversammlung gewählt werden solle, wenn die Volksversammlung vom 14. Juni keine Frau wähle. Da dies nunmehr geschehen, sei eine weitere Wahl für Berlin nicht mehr angängig. Es liege dem nichts entgegen, daß Frau Zeitlin, die zweifellos eine tüchtige Vertreterin des weiblichen Proletariats sei, für Deutschland gewählt werde, aber eine Herabsetzung für die Berliner Delegirten würde es sein, wollte man hier nochmals eine Wahl vornehmen. Nach langem Hin- und Herreden wurde ein Antrag Frä. Daase's angenommen, der sich zwar mit dem von Lina Vogel in der „Gleichheit“ gemachten Vorschlage einverstanden erklärt, aber empfiehlt, in Berlin von der Beteiligung an der Delegirtenwahl für Deutschland abzusehen.

Als zweiter Punkt stand auf der Tagesordnung: Bericht der Revisorin in Sachen des politisch geschlossenen Frauen- und Mädchen-Bildungsvereins. Auch diese Angelegenheit gab zu manchen persönlichen Erörterungen Anlaß. Man hielt die vorgenommene Revision für noch nicht genügend und beschloß, die Revisionskommission noch weiter bestehen zu lassen und ihren Bericht in der nächsten Versammlung entgegenzunehmen. Ein Antrag der Frau Gubela: Durch eine Kommission von sieben Mitgliedern der Streiklisten unter den Frauen untersuchen zu lassen, wurde gleichfalls für die nächste Versammlung, die auf Anregung der Frau Kohlraack von Ottilie Gerndt einzuberufen ist, zurückgestellt.

Zieben Versammlungen des Verbandes deutscher Schneider und Schneidereien tagten am Montag Abend in allen Stadttheilen Berlins zwecks Wahl von 8 Delegirten zu dem diesjährigen Verbandstag in Eisenach. Gewählt wurden Frau Zeitlin-Stuttgart, Frau Woad, Frau Böring, Fräulein Baader, J. Timm, E. Daase, E. Danzig und Ph. Witte. Der Wahl ging ein Vortrag über die Bedeutung der Verbandstage voraus. In allen Versammlungen wurde aufgefodert, nur den von der Organisation herausgegebenen „Arbeitermarkt“ bei Stellenwechsel zu benutzen. Bekannt gegeben wurde, daß am Montag, den 22. Juni, in Heller's Restoran, Kopenstrasse 29, eine öffentliche Schneiders- und Näherinnen-Versammlung stattfindet, in welcher der Reichstags-Abgeordnete Genosse August Wessel über die Arbeiterkämpfe in der Konfektionsindustrie und deren Bedeutung für die Emancipation der hausindustriellen Arbeiterklasse referirt.

Arbeiter-Bildungsschule. Freitag Abend 8 Uhr bis 10 Uhr: Sächs. Arbeiter-Verein, Mauerstr. 49. Arbeiter-Verein, Mauerstr. 49. Arbeiter-Verein, Mauerstr. 49. Arbeiter-Verein, Mauerstr. 49. Arbeiter-Verein, Mauerstr. 49.

Arbeiter-Kinderbund Berlin und Umgegend. Vorsitzender Ed. Neumann, Volowitsch, 2. Wie Kinderbunden im Reichslande sind zu richten an Reichs-Korrum, Mauerstr. 49, u. 2. Arbeiter-Kinderbund Berlin und Umgegend. Vorsitzender im Reichslande sind zu richten an Otto Schick, Mauerstr. 49. Bund der deutschen Jugendvereine Berlin und Umgegend. Wie Kinderbunden im Reichslande sind zu richten an: Hermann Jahn, Schönhauser Allee 177 c.

Allgemeine Frauen- und Arbeitervereine des Metallarbeiter. (S. 6. Nr. 28.) Billiole Charlottenburg. Sonnabend, den 20. Juni, abends 8 Uhr, im Reichs-Korrum, Mauerstr. 49. Arbeiter-Verein, Mauerstr. 49. Arbeiter-Verein, Mauerstr. 49. Arbeiter-Verein, Mauerstr. 49. Arbeiter-Verein, Mauerstr. 49.

# Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter.

Sonnabend, den 20. Juni, abends 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr, bei J. Henke, Mannn-Strasse 27:

## Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag der Genossin Frau M. Rohrlack über: Verstand oder Instinkt der Thiere. 2. Diskussion. 3. Die nächsten Aufgaben unserer Organisation.

Kollegen! In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist das Erscheinen aller Kollegen notwendig, indem Ihr den Unternehmern zeigt, dass sie Euch trotz der Hungerpeitsche nicht math- und kampflös machen können.

Der Vorstand. 286/16

Montag, den 22. Juni 1896:

## Großes Sommer-Fest

in der Neuen Welt, Hasenhaide 114-118.

Großes Konzert, Spezialitäten-Vorstellung, Gesangs-Vorträge und Brillant-Feuwerk.

Im großen Saale: **Ball.** Herren, die daran teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach. Kinderbelustigungen und Stodlaternen gratis.

Die Kaffeelücke ist von 2 Uhr an geöffnet. Anfang des Konzerts 4 Uhr. — Billet 30 Pf. — Programm gratis. Um recht zahlreichen Besuch bittet Der Vorstand.

## IV. Wahlkreis — Nieder-Barnim!

### Zum Volksfest im Schloß Weißensee

errichten dort am Sonntag den 21. Juni 1896

W. Arndt & Th. Dochow

einen

### Wurst-, Brot-, Butter- und Fleischwaren-Verkauf zu Berliner Markthallen-Preisen.

Der Bedeutung des Festes Rechnung tragend, ist für eine reiche Auswahl aller Waaren in bekannter Güte gesorgt; das unbequeme Mitnehmen von Selag und Butterbrot bleibt somit den Festteilnehmern erspart. Wir bitten die Genossinnen und Genossen, unser Unternehmen wie bisher gütigst zu unterstützen.

## Achtung!

Zu der am Sonnabend, den 20. Juni, stattfindenden Dampfer-Mondscheinfahrt, verbunden mit darauffolgendem Sommerachtsfest in den Gesamträumen der Borussia-Bräuerei, Nieder-Schönweide, veranstaltet vom **Verband der Sattler und Tapezierer** sind noch Billets in beschränkter Zahl zu haben bei C. Schulze, Brangelstr. 81, 1 Tr.; C. Peter, Gütshinerstr. 17, Hof 1, 2 Tr. r. und im Zigarrengeschäft direkt unter der Stadtbahn Jannowitzbrücke. Preis: Hin- und Rückfahrt inkl. Tanz 75 Pf. Auf allen Dampfern: Musikalische Unterhaltung. Gäste willkommen. Achtung! Abfahrt: Abends 9 Uhr „Stern-Gesellschaft“, Jannowitzbrücke, Restaurant Belvedere. Die Schiffe sind mit Zelten versehen. 187/11

## Fruchtwein- und Fruchtsaft-Niederlage

von Eug. Neumann & Co., Berlin SW.

Charlottenburg, Kaiser Friedrich-Strasse Nr. 48. **Echt Staudorfer Likör**, ausgezeichnet im Geschmack, à Liter 1,20 M. **Achten alten Nordhäuser**, Literflasche 1.— M., 5 Liter à 0,90 M. **Berliner Getreide-Rümel**, Literflasche 1.— M., 5 Liter à 0,90 M. **Medizin. Hagarwein**, beste Qualität, à Literflasche 2.— M. empfehlen und senden einzelne Flaschen frei Haus.

R. F. Mittelstädt, Berlin N., Brunnenstr. 152.



**R.F. Mittelstädt's Original-Löwenbitter** ist aus passender Kräutern abdestillirt befördert vorzüglich die Verdauung und regt besonders den Appetit an.

In Fl. Mk. 0,60, 1,10, & 1,80

Im Ausschank und in Flaschen überall zu haben.

Reich's

## Terpentin-Salmiak-Soda

ist das Allervorzüglichste für die Wäsche u. sonstigen Reinigungszwecke. Billigstes und ergiebigstes Waschmittel der Neuzeit. In 2 Pfund-Packeten für 10 Pf. und 6 Pfund-Packeten für 25 Pf. nur allein zu haben in unseren 20 Filialen.

**M. Reich & Co.,** Seifen- u. Soda-Fabrik, Fabrik: Gr. Frankfurterstr. 43.

Vertreten fast in allen Passagen der Berliner Markthallen, sowie Alte Jakobstr. 45, Bodstr. 12, Krautstr. 48, Gr. Frankfurterstr. 43, Gendarmstr. im Stadtbahnbogen.

Künstl. Zähne 2 M. Schmerzloses Zahnziehen u. Nervtöden 1 M. Plomb. 1,50. Rep. sof. Theilzahlg. Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 22. Spr. 9-7 Uhr.

## Freund's Inselgarten

Empfehle allen Vereinen, Gesellschaften u. mein idyllisch gelegenes Lokal zu Sommerausflügen. Dampfer-Frühstücks-Haltestelle. Bei Kramern wird Brückenübergang vergütet.

## Pichelswerder.

**Friedrichshagen.** „Zum süddeutschen Emil!“ Schönster Familien-Aufenthalt; herrlich am Wasser und Wald gelegen. Von Station Hirschgarten durch schöne Waldparthe in 15 Min. zu erreichen. Große Vereinszimmer mit Piano; Regalbahnen, gute Speisen und Getränke in bekannter Güte; Spezialität: **H. Weiskier.**

Freunden und Bekannten bestens empfohlen. früher Große Emil Jost, Frankfurterstr. 39

# Eine Wohlthat nach harter Arbeit ist: „Ubrigin“, Pflanzenfaser-Seife ohne jeden schädlichen Zusatz.

Darüber schreiben:

Herr Dr. Rosenthal, Privatklinik für Hautkrankheiten, sagt unter anderem in der Dermatologischen Zeitschrift: „Die Seife eignet sich vor allen Dingen als Waschseife für uns selbst, die wir mit Salben, Fetten und sonstigen, wenig sauberen Dingen viel zu thun haben. Bisher hat mich noch keine Seife so befriedigt. Ferner ist dieselbe aber besonders geeignet, bei allen Parakeratosen, wo Schuppen und Auflagerungen von der Haut zu entfernen sind. Patienten, die seit Jahren an Psoriasis leiden und alle möglichen Seifen zur Entfernung der Schuppen angewendet hatten, ziehen ausnahmslos die Pflanzenfaserseife vor. Dieselbe hat den grossen Vorzug, dass sie die Haut nicht besonders reizt wie das bei anderen Seifen der Fall ist, welche Zusätze zur mechanischen Einwirkung auf die Haut, wie Bimstein, Marmor etc. besitzen.“

Herr C. Knoop, Minden i. W., schreibt unter dem 27. 4. 96: Umstehenden Betrag erhalten Sie als Zahlung für die gelieferten 1000 Stück. Ihre Seife hat im allgemeinen Beifall gefunden und hoffe ich bald wieder einen Posten bestellen zu können.

Die Maschinenfabrik und Eisengiessereien von Alb. Pesca & Co., Berlin, schreibt unterm 21. 2. 96: „Auf Ihre gefl. Anfrage theilen Ihnen ergebenst mit, dass die von Ihnen bezogene Pflanzenfaser-Seife „Ubrigin“ von unserem Fabrikpersonal sehr gern benutzt und wegen

Ihrer ausserordentlichen Wirkung allen anderen Reinigungsmitteln vorgezogen wird.“

Die Firma Koch & Bein, Berlin, schreibt unter dem 16. 12. 95: „Mit Vergnügen theilen wir Ihnen mit, dass die von Ihnen bezogene Pflanzenfaser-Seife „Ubrigin“ ganz den an dieselbe gestellten Erwartungen entspricht, und werden für unsere Lackereien und Maschinenräume für die Zukunft nur Ihre „Ubrigin“ als Waschmittel für die Arbeiter benutzen.“

Herr Georg Liebig, Werkmeister, Schweidnitz, schreibt unterm 29. 4. 96: „Senden Sie mir 8 Schachteln Nr. 1 Ihrer Pflanzenfaser-Seife. Das gesandte Probestück ist ausgezeichnet, sogar angetrockneter Eisenlack ging bequem los.“

Herr Robert Richter, Lokomotivführer, Oels i. Schl., schreibt unterm 27. 4. 96: „Ich bitte um Zusendung von 200 Stück wie schon einmal am 4. 3. 96 gehabt. Dieselbe findet allgemeine Anerkennung.“

Herr Hans Baath, Werkstätten-Vorsteher, Berlin, 3. 3. 96: Die von Ihnen bezogene Seife „Ubrigin“ wird von den Arbeitern der Maschinen und Eisengleiserei gern benutzt und besonders zum Reinigen sehr schmutziger Hände benutzt. Von den kürzlich gelieferten 400 Stück sind nur noch wenige vorhanden und wird Ihnen ein Auftrag auf Neulieferung baldigt zugehen.

**Das Stück 10 Pf., in Schachteln von 6 Stück 60 Pf.**

zu haben in allen mit Plakaten versehenen Handlungen. Gegen vorherige Einsendung des Betrages ab Versandstelle „Ubrigin“, Westend-Berlin, Ullmen-Allee 2.

8 Schachteln = 48 Stück für 4 M. franco Post.

**Achtung!** Künstl. Zähne v. 3 M. an, Theilg. wöchentl. 1 M., wird abgeholt. Zahnziehen, Zahnreinigung, Nervtöden bei Bestellung umsonst. Gudel, Kaufherplatz 2, Gieselerstr. 12

**Fruchtwein-sowlen** gar. reih. ausgezeichnet im Geschmack. **Malttrank Erdbeerbowle Pfirsichbowle Ananasbowle** à Liter 60 Pf. inkl. **Eugen Neumann & Co.** Detail-Verkaufsstellen: Belle Alliancepl. 6a, R. Friedrichstr. 81, Oranienstr. 3, Gendarmstr. 29, Vordamm: Bodstr. 7.

**Sophastoff-Reste** zu Bezügen ausreißend in Phantasie, Rips, Damast, Crêpe, Gobelin, Moquette und Plüsch sowie Satteltaschen spottbillig. **J. Adler** Teppich-Fabrik, Spandauerstraße 30 gegenüber dem Rathhause. Reichthumstr. Preisliste gratis u. franko.

**Wissen Sie schon** dass Sie Brunnenstr. 110 (neben dem Pferdebahn-Depot) bei **Ignatz Sello** vorzüglich Himbeer-, Kirsch- u. Fruchtsäfte, rein und dick, in feinst. Zucker eingel. 1,10 M. pr. Liter, Staudorfer inkl. Orig.-Fl. (3/4 Liter) à 80 Pf., Halb und Halb, feinste Eiformschung, Orig.-Flasche (3/4 Liter) inkl. à 90 Pf., alten Nordhäuser per Liter 50 Pf., medic. Ungarwein Orig.-Fl. (3/4 Liter) inkl. von 90 Pf. an, sowie sammtl. Sorten Weine, Cognac's, Rum's u. Spirituosen auch im Einzelverkauf nur zu Engrospreisen beziehen. Ein Versuch sichert mir Ihre dauernde Kundenschaft. Bitte genau auf No. 110 zu achten. Fernsprecher Amt III, 1211.

**Sophastoff-Reste** in Rips, Damast, Crêpe, Phantasie, Gobelin und Plüsch spottbillig! **Proben franko!** in allen Qualitäten zu Fabrikpreisen. **Berlin S., Emil Lefèvre, Oranienstraße 158.** Vereinszimmer u. Piano noch frei. Paul Obiglio, Nussitenstr. 26.

**Sophastoff-Reste** in Rips, Damast, Crêpe, Phantasie, Gobelin und Plüsch spottbillig! **Proben franko!** in allen Qualitäten zu Fabrikpreisen. **Berlin S., Emil Lefèvre, Oranienstraße 158.** Vereinszimmer u. Piano noch frei. Paul Obiglio, Nussitenstr. 26.

**Charlottenburg.** Empfehle allen Freunden und Bekannten das Bierlokal „Zur alten Linde“. Schattiger Vorgarten. Leibnizstr. 3, i. B.: Röttger.

**Stolpe bei Wannsee** Restaurant Lindenhof. Besitzer **M. Mattausch** empfiehlt Vereinen u. Gesellschaften seine inmitten herrlicher Waldung, unweit des Wannsees und Stolpees gelegenen Lokalitäten. [52889]

Die weltbekannte **Zeitfedern-Fabrik** Gustav Dastig, Berlin S., Brünnelstr. 46, liefert gegen Nachnahme (betrag unter 10 M.) garant. neue vorzügl. Feder Zeitfedern, à 25 Pf. Selbstbauart. 25 Pf. 1,25 h. weiße Selbstbauart, à 25 Pf. 1,25, vorzüglich Tausch, à 25 Pf. 2,50. Von diesen Damen genügen 3 Pfund zum größten Bedarf. Versendung nicht berechnet.

**Möbel-Ausverkauf,** passendste Gelegenheit für Brautleute. In meinem größten Möbelspeicher, Neue Königstraße 29, sollen ca. 200 Wohnungs-Einrichtungen, vertheilt gemessene und neue Möbel zu jedem annehmbaren Preise verkauft werden. Durch sehr große, billige Gelegenheits-Einkäufe ist es mir möglich, schon ganze Wirklichkeiten für 90, 100, 200 Mark abzugeben. Theilzahlung gestattet. Sonntags ohne Anzahlung. Kleiderpind 18 Mark, Kommoden, Küchenspind 12, Aufbaum-Kleiderpind, Vertikow 20 Mark, Aufschlupfen 25, Beistellen mit Stühlen 18 Mark, Sophas 18, Säulenspinden, Kleiderpind, hochlegant 20, Trümmen mit Säulen und Krystallglas 20, Herrenschreibtisch, Plüschgarnituren 20 Mark, Vaneel-sopha 75 Mark, Steppdecken, Tischdecken, Gardinen, Fenster 5 Mark. Günstige Möbel können drei Monate kostenfrei auf meinem Aufbewahrungsspeicher lagern, werden durch eigene Gespanne transportirt, auch nach außerhalb. 4511.

**Verkauf von gekochtem Rind- u. Schweinefleisch** à 80-40 Pf. per Pfund. **Rückenfett** à 45 Pf. per Pfund. **Verwaltung der Kochanstalt Central-Viehhof.** **Täglich, auch Sonntags vorm. von 7-9 Uhr: 4011.**

**Sargmagazin** und **Beerdigungs-Comptoir** von **J. Kosin, Georgenkirchstr. 66.** Auf schriftl. Aufford. sofort. Erscheinen. **Strickmaschinen** aus der Dresdener Strickmaschinen-Fabrik sind die besten und ein leichter Erwerbshilfszweig für Männer, Frauen u. Jofam. Geschäfte. Erlernen leicht und gratis. Arbeit wird nachgewiesen. Verkauf zu Fabrikpreisen. Lager bei dem Vertreter **H. Domburger, Heiligegeiststr. 49, Berlin.** 53729.

**Musikautomat** für Restaurateure billig zu verkaufen. 22885 **Welck, Dammstr. 204.** **Arbeitsanzüge** **W. Fahr, Brunnenstr. 112.**

**Rohrtabak.** Grösste Auswahl! Billigste Preise. Sämmtliche Fabrikations-Unterarten. **Heinrich Franck, Nr. 185, Brunnenstraße Nr. 185.** **Kinderwagen, 4rdr., zu verkaufen** **Simon, Mantuffelstr. 49, S. 4 Tr.**

**Arbeitsmarkt.** **Achtung! Achtung! Holzarbeiter!** In der Bauischlerei von **Kuort, Blumenthalstr. 5,** haben die Kollegen wegen Lohnunterschieden die Arbeit eingestellt. 291/14 **Zug fernhalten.** Die Ortsverwaltung des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

**Achtung, Holzarbeiter!** In den Werkstätten von **Basodow, verlängerte Kurzestraße** und **Fechner, Scharnweberstraße,** sind die Differenzen noch nicht beigelegt. **Zug fernhalten.**

**Achtung, Parquetbodenleger!** Folgende Geschäfte haben unseren Tarif nicht bewilligt: **Ende, Kochstraße 50/51; Rosenfeld u. Cie., Mohrenstraße 11; Bendig Söhne, Andreasstr. 32, und Vater, Steglitz, Schützenstr. 43.** **Zug ist fernzuhalten.** Die Ortsverwaltung des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

**Karton-** Arbeiterinnen u. Lehrmädchen verl. A. Elsenstädt, Bentfstr. 5. **Karton- Arbeiterinnen** verl. Wolff, Neue Friedrichstr. 48. 22346 **Einen Stodarbeiter** verl. **Molssner, Etaligerstr. 8.** 22436

**Schildermaler** aber nur ein tüchtiger, bei hohem Lohn verlangt **Matthies, Wilhelmstr. 130.** **100 tüchtige Arbeiterinnen** auf gesteppte Jackets verlangt **22536 Jänicke, Brunnenstr. 84.** **Die Kistenfabrik** Besselstr. 17 verl. einen tücht. Kreisfägen-Winkelschneider. **Ehrenerkklärung.** Nehme die gegen Herrn A. Köhler in Erregung ausgesprochene Beleidigung zurück und erkläre ihn öffentlich für einen höchst ehrlichen, achtbaren Mann. 22436 **A. Bauster.**